

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mt. 1.60. Monatlich 55 Bfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viereckige Beizeile oder deren Raum 15 Bfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Bfg., auswärtige Anzeigen 20 Bfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120.

Mittwoch, den 24. Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

**Die großartige Entwicklung der deutschen Gewerkschaften** dreht der „Nöln. Bzg.“ folgendes Verständnis ab: „Wenn man auch in ihnen eine Gefahr für den inneren Frieden sowie für eine gedeihliche Entwicklung der Industrie sieht, darf man sich dennoch nicht der Empfindlichkeit verschließen, daß die Organisation der Arbeiter nicht mehr zu unterdrücken ist. Man müsse sich darauf beschränken, durch das Gegengewicht einer möglichst geschlossenen Koalition der Arbeitgeber, sowie, wenn erforderlich, durch Eingreifen des Staates die auf Klassenkampf gerichteten Organisationen einzudämmen.“ — Es hat lange genug gedauert, bis sich das nationalliberale Blatt zu der Erkenntnis aufgeschwungen hat, daß die Organisation der Arbeiter nicht mehr zu unterdrücken ist. Vielleicht wird es sich auch noch einmal zu deren Eingeständnis verstehen müssen, daß das „Ein greifen des Staates die auf Klassenkampf gerichteten Organisationen“ nicht eindämmt, sondern ganz rapide fördert.

**Meruntertänigst erwerbende „Arbeiter.“** Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands wird an den Kronprinzen zu seiner Vermählung eine künstlerisch ausgeführte Adresse richten, worin 72 000 evangelische Arbeiter dem Kronprinzen ihre ehrfurchtsvollen Glück- und Segenswünsche übermitteln. Mit solchen Vorschüßern hat ein aufgeregter Arbeiter nichts gemein.

**Eine Flucht in die Öffentlichkeit** unternimmt der Chefredakteur der „Nord. Bzg.“ Nebelung. Die Sache, um die es sich handelt, ist tatsächlich so eigenartig, daß sie die hellste Beleuchtung verdient. Nebelung war verurteilt vom Reichstagsabgeordneten Grafen Reventlow wegen Verleumdung verurteilt worden, weil er eine Mitteilung des Rheinischen Montagsblattes über Reventlow wiedergegeben hatte. Das Schöffengericht verurteilte Nebelung zu einer Gefängnisstrafe, obgleich es als strafmildernd hervorhob, daß er „nicht aus unedlen persönlichen Motiven, sondern in der Eigenschaft als politischer Gegner gehandelt“ habe. Die Berufungskammer wandelte die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe um. Um so auffälliger muß es erscheinen, daß sich im Erkenntnis der Berufungskammer die folgende Stelle findet:

Der Angeklagte hat aber durch seinen Grundsatze, eine Zeitung zu betreiben, mit der Verichterstattung eine gute Zeitung zu sein, und der dadurch Verlehte müsse die unrichtigen Mitteilungen sich ruhig gefallen lassen, eine gemeine Gesinnung an den Tag gelegt. Mit Rücksicht hierauf wurde die Geldstrafe gegen den Angeklagten so hoch bemessen.

Nebelung weist mit Recht den Vorwurf einer gemeinen Gesinnung mit aller Schärfe zurück und schreibt dazu weiter:

Der das Erkenntnis schriftlich abfassende Richter hat mit dieser Charakterisierung meiner Gesinnung etwas ausgesprochen, das, wie ich ausdrücklich hervorhebe, der Vorsicht des Gerichts bei der mündlichen Mitteilung der Urteilsgründe nicht im entferntesten angedeutet hat. Umsonst muß ich annehmen, daß ich es hier mit einer nachträglichen Erkenntnis des Gerichts zu tun habe, als auch in der Verhandlung mit keine Gelegenheit gegeben wurde, mich zu einer derartigen Auslegung meiner Motive zu äußern. . . . Es ist nicht richtig, daß ich den Grundsatze habe ausgesprochen, eine Zeitung zu betreiben, mit der Verichterstattung eine gute Zeitung zu sein, und der dadurch Verlehte müsse die unrichtigen Mitteilungen sich ruhig gefallen lassen.“ Ich habe lediglich die Verhältnisse einer modernen Zeitung, die ein Haben und Sagen von selbst mit sich bringen, als einen Grundsatze gegen das auf Gefängnis lautende Urteil ausgesprochen, mich aber in keiner Form zu der Auffassung bekannt, daß dafür Strafflosigkeit in Anspruch zu nehmen sei, wie mir das Erkenntnis imputiert.“

Zum Schluß appelliert Nebelung an die ganze Presse, die durch diesen Vorgang mitbetroffen wird. Er bemerkt in dieser Beziehung:

Wenn ein angeklagter Redakteur auf das System des Zeitungsbetriebs zu seiner Verteidigung hinweist, wenn er als strafmildernd hervorhebt, daß er bei einer Meldung wie der vom Redakteur Bernheim über seinen früheren Gesinnungsgegenstand Reventlow gemachten vor der Veröffentlichung nicht abwarten könne, ob Reventlow selbst sie bestätigt, sich mit Recht von einem Kollegium von drei Richtern gemeiner Gesinnung zeihen lassen müßte, dann wäre unangenehm die ganze deutsche Presse diesem Vorwurf ausgesetzt. Demu fortgesetzt stehen Redakteure aller politischen Richtungen wegen ähnlicher

Dinge angeklagt, vor den Schranken des Gerichts, und nicht am wenigsten solche der „gemäßigt antisemitischen Richtung des Grafen Reventlow.“

Einem Redakteur unter solchen Umständen eine „gemeine Gesinnung“ zu unterstellen, das ist in der Tat ein Vorgehen, das nicht scharf genug kritisiert werden kann.

**Sibir's ja gar nicht!** Die „Nord. Bzg.“ meldet: Die Mitteilung über den bevorstehenden Erlaß einer Amnestie zur Kronprinzenhochzeit findet keine Bestätigung. — Das Dementi hat nicht lange auf sich warten lassen.

**Da haben wir's schon.** Die bevorstehende Steuerreform, genannt Reichsfinanzreform, kam in der württembergischen Kammer kurz zur Sprache. Dabei machte der Finanzminister recht nette Entwürfe: „Ein Antrag Baumhach fordert, die Staatsregierung möge bei den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform jede Erhöhung der direkten und jede Einführung neuer indirekter Steuern ablehnen. Die Volkspartei stimmte dem Antrage zu. Das Zentrum beantragte, die Regierung möge beim Bundesrat darauf hinwirken, daß die erforderlichen Mittel nicht durch neue Belastungen im Massenverbrauch aufgebracht werden. Der Antrag fand ebenfalls nur die Zustimmung der Volkspartei. Der Finanzminister erklärte: Der Entwurf zur Reform der Reichsfinanzen sei bisher dem Bundesrat noch nicht vorgelegt worden. Die Staatsregierung sei somit noch nicht in der Lage, der Kammer über ihre Stellungnahme Mitteilung zu machen. Auch die Kammer dürfe zurzeit nicht genügend unterrichtet sein, über den Antrag einen entscheidenden Abschluß zu fassen. Es seien noch sichere Grundlagen zur Beurteilung für den für das Reich in nächster Zeit erforderlichen Mehrbedarf. Schon deshalb dürfte es sich zurzeit empfehlen, dem Antrage nicht Folge zu geben. In der Sache selbst seien übrigens sämtliche Staatsregierungen der Ansicht, daß ohne jede Erhöhung der bisherigen indirekten Steuern oder der Einführung neuer indirekter Steuern eine befriedigende Reichsfinanzreform sich nicht durchführen lassen werde.“ — Also trotz aller Versprechungen, trotz aller Gelübde wird man wieder dem armen Volk das Geld aus den Taschen ziehen.

**Die Verhandlung des Bergarbeiterkongresses** nimmt ihren Fortgang. Bei Beratung der Berggesetznovelle hat gestern das Preussische Abgeordnetenhaus den sanitären Arbeitstag nur in Gruben über 28 Grad C beschloffen. Für die Gruben, in denen also „nur“ 27 Grad Celsius herrschen, gibt es keinen sanitären Arbeitstag. — Und so etwas nennt sich Arbeiterschutz!

**Der Beirat für Arbeiterstatistik** hatte am 18. 19. und 20. Mai Sitzung im Gebäude des Statistischen Amtes. Die ersten beiden Tage wurden ausfüllt mit Erhebungen über die für die Kleider- und Wäschekonfektion vorgeschriebenen Lohnbücher. Die Lohnbücher sind eingeführt, weil die Arbeiter klagen, daß sie oft nicht wüßten, welchen Lohn sie für übertragene Arbeiten erhalten. Oft glaubten sie ganz gut verdient zu haben, aber sie müßten bei Ablieferung der fertigen Arbeit erfahren, daß der Prinzipal erheblich weniger zahlen wolle, als sie mindestens für die Arbeit haben müßten. Die geltenden Vorschriften über Lohnbücher sollen den Uebelstand beseitigen. Jeder Arbeiter soll vom Prinzipal ein Buch erhalten, in welchem die mit der übertragenen Arbeit und der dafür zu zahlende Lohn sowie die Grundätze über etwaige Lohnabzüge eingetragen werden sollen. Die Unternehmer klagen nun, daß diese Lohnbücher unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Die Entwürfen sollen mit Tinte gemacht werden. Schon dieser Umstand bringe Gefahr, daß Zeug verborben würde. Da der Arbeiter das Lohnbuch in Händen hat, könne ihm keine Arbeit zugesandt werden. Ebenfalls sei es unmöglich, bei Muster vorher den Lohn zu bestimmen. Eine weitere Eingabe liegt auch über die „großen Kosten“, welche den Unternehmern aus der Anschaffung eines Lohnbuches erwachsen. Ein solches Lohnbuch kostet in einzelnen Orten 4 Bfg., in anderen bis 8 Bfg., aber ein Buch würde bei vollständiger Ablieferung länger als ein Jahr reichen. Die Erhebungen brachten nun wunderliche Bilder. Allgemein wird zugestanden, daß das Lohnbuch insofern mangelhaft ist, als es nicht als Abrechnungsbuch benutzt werden kann. Es fehlen Rabruten über abgelieferte Arbeit und tatsächlich gezahlten Lohn. Ebenso wurde angegeben, daß die Verordnung schwerlich buchstäblich erfüllt werden kann, da die Befolgung der Arbeit sehr oft erfolgt. Aber Uebertretungen sind den Unternehmern noch nicht erwachsen. Unter den Ausnahmepersonen fanden sich einige, die ein solches Lohnbuch noch gar nicht gesehen haben, und als durch eine Auskunftsperson bei der Firma telefonisch angefragt wurde, erhielt dieselbe als Antwort, daß der Unternehmerverein beschloffen habe, die Lohnbücher wieder abzuschaffen und dieser Beschluß sei auch ausgeführt. Eine andere Firma macht die vorgeschriebenen Eintragungen, aber die

Lohnbücher haben nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer in Händen. Eine weitere Firma hat in das Lohnbuch eine mit Tarif einvertragen, aber spätere Eintragungen nicht mehr gemacht. Noch schlauer haben es einzelne Herren aus der Wäschekonfektion gemacht. Sie haben herausgefunden, daß sie keine Wäschekonfektoren, sondern Wäschefabrikanten sind. Da aber das Lohnbuch nur für Konfektion vorgeschrieben sei, so seien ihre Betriebe nicht betroffen. Die Erhebungen ergaben, daß die Innehaltung der gesetzlichen Vorschrift eine sehr seltene Ausnahme ist. Fabrikanten beschließen: wir schaffen ein Gesetz wieder ab, und von keiner Seite werden sie dabei gestört. Es ist oft behauptet worden, daß in Deutschland Schutzgesetz in geringerem Umfang mehr bedeuten als in anderen Ländern ausgedehnte Schutzgesetz, weil hier einmal erlassene Gesetze auch durchgeführt werden, was in anderen Ländern selten vorkommen soll. Wie wenig dieser Satz gilt, haben diese Erhebungen deutlich bewiesen. Unbegreiflich ist nur, wie die Unternehmer dazu gekommen sind, über die Befähigung durch die Vorschrift zu klagen. Man muß schon annehmen, daß die Unternehmer durch ihr Klagen Mittel erregen und den Erlaß weiterer Schutzgesetze hindern wollen. Selber erreichen sie nur zu oft ihren Zweck. Ferner beschloß der Beirat die Erhebungen über die Arbeitszeit usw. im Fuhrwerksgewerbe nun auch auf elektrische, Dampf- und mit Pferden betriebene Straßenbahnen auszudehnen.

**„Höhere“ Einflüsse** sollen den Rücktritt der beiden Vorsitzenden des Flottenkollaborierers veranlaßt haben. Wie die „Rh. Westf. Bzg.“ erzählt, soll die Ursache des Rücktritts in einem Telegramm Wilhelm's II. liegen. Aus dem Wortlaut des Telegramms wäre zu entnehmen gewesen, daß Wilhelm II. von interessierter Seite falsch über die Vorgänge im Flottenverein unterrichtet worden sei. Das rheinisch-westfälische Blatt deutet an, daß dem Kaiser aus Zentrumskreisen eine scharfe Stimmung gegen die bisherige Stellung beigebracht wäre, die sich in dem Telegramm entladen hätte. — Wer zweifelt jetzt noch daran, daß das Zentrum die regierende Partei in Deutschland ist? Sollte vielleicht die Zeit nicht mehr fern sein, wo diese Partei in bezug auf Deutsche Kaiser das bekannte Wort anwenden kann: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut?“

**Zentrum und Bergarbeiterkongress.** Dem Reichstag ging gestern ein vom Grafen Houpejoch (B) beantragter Gesetzentwurf zu betriebl. Abänderung d. r. Gewerbeordnung. Der Entwurf beantragt mit Rücksicht auf den Bergwerksbetrieb zahlreiche Zusätze zu den §§ 115, 134 b, e, h 137 und anderen. Die neuen Bestimmungen betreffen u. a. die Regelung des Lohnabzuges für den vorchriftswidrigen Inhalt der Fördergefäße; unter Zugleichung ständiger Arbeiterauschüsse, der Geldstrafen und anderer Funktionen der Organisation, die Wahl der ständigen Arbeiterauschüsse. Ferner soll die Arbeitszeit ab 1. Oktober 1905 8 1/2 Stunden, ab 1. Oktober 1908 acht Stunden nicht überschreiten vom Beginn der Seilsfahrt bis zum Wiederbeginn. Für die Betriebspunkte mit über 28 Grad Celsius und nasse Arbeiten sind 6 und mit über 26 Grad 7 Stunden Arbeit Maximum. Andere Bestimmungen regeln die Befugnisse der Oberbergämter, in Ausnahmefällen diese Arbeit zu verlängern, den Beginn der Arbeitszeitvorschriften hinauszuschieben, und setzen die Zulässigkeit von Uebertretungen und Nebenstunden fest. — Diese Vorlage bedeutet gegenüber dem von der Sozialdemokratie im Reichstage eingebrachten Gesetzentwurf insofern eine nicht unbedeutliche Verschlechterung, als neben der Hinausschiebung der Frist für das Inkrafttreten des Achtstundentages auch Bestimmungen getroffen werden sollen, welche den Bergarbeiterschutz durchlöchern. Die Grubenkinder können an diesen beiden Vorlagen emessen, wo ihre wahren Freunde sitzen.

**Warum er wieder in den Reichstag soll.** Zur Empfehlung des aus dem Reichstage herausgebrachten Abg. Pauli-Eberswalde, wüß das Eberswalder konservative Organ nur zwei parlamentarische Daten des wundervollen Professors zu erzählen. Erstens habe Herr Pauli das Reichstagsessen vorzüglich gefunden und gegen alle Angriffe verteidigt, zweitens ziehe er die vierte der ersten Wagenklasse vor. — Auf diese beiden Leistungen beschränkt sich in der Tat die parlamentarische Werksamkeit des Mannes. Da es sich aber darum handelt, in den Reichstag, nicht in das Reichstagsrestaurant zu wählen, und auch die Reichstagskasse für die vierte Klasse keine genügende Bestimmung für die Wähler sein dürfte, so ist obige Empfehlung zwar ehrlich und erköpft, aber doch nicht recht stichhaltig. Wenn Herr Pauli so gern im Reichstag ist, so wird man ihm das auch ohne Reichstagsmandat aus Menschenfreundlichkeit gewiß auch fieber gern gestatten, und auch vierte Klasse kann er nach Herzenslust fahren, ohne eine Abgeordneten-Freikarte.



**Meine politische Nachrichten.** Im Abgeordnetenhaus wird die dritte Beratung der Berggesetznovelle, die die Arbeiterverhältnisse behandelt, auf Wunsch des Reichstanzlers, Ministerpräsidenten Grafen Bälou erst nächsten Freitag stattfinden. — Wie die Blätter melden, wurde der Unterstaatssekretär im preussischen Staatsministerium v. Seedenborff zum Präsidenten des Reichsgerichtes ernannt. — Unter dem Verdachte der Spionage wurde am Sonnabend in Posen der 19jährige Student Wladislaus Pawlowski aus Warschau festgenommen, als er im Begriff war, bei Fort 5 auf einer Karte Einzelzeichnungen zu machen; er hatte bereits eine größere Anzahl von Forts aufgeschrieben. — Das serbische Kabinett Paschitsch hat infolge des für die Regierung ungünstigen Ausfalls der Präsidentschaftswahl in der Skupschtsina seine Entlassung angeben.

#### Frankreich.

**Auch die Frauen rühren sich.** Ein russischer Frauenkongress, der zwei Tage in Moskau währte und von 500 Frauen aller Stände besucht war, nahm eine Resolution an, worin die Notwendigkeit einer politischen Befreiung Rußlands betont wurde und u. a. folgende Forderungen erhoben wurden: Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern und Beendigung des Krieges.

In Lodz sind 6000 Arbeiter erneut in den Ausstand getreten.

#### Italien.

Eine Arbeitermeuterei hat sich die italienische Polizei wieder geleistet. Es ist klar, daß, nachdem mehrmals die Polizeisten, die Arbeiter ermordet hatten, nicht nur von den Behörden freigesprochen wurden, sondern auch Orden erhielten, die Neigung zu Gewalttaten bei dieser Gesellschaft neue Nahrung erhielt und daß jede Gelegenheit ergriffen wird, sich „oben“ durch Brutalität bemerkbar zu machen. In Sant'Elpidio feierten die Christlich-Sozialen ihr Fest der Arbeit, den 15. Mai (den Tag der Veröffentlichung der Enzyklika de rerum novarum) und hatten dazu einen Umzug durch den Ort veranstaltet. Die Sozialisten organisierten eine friedliche und geordnete Gegenmanifestation, als sie vom Polizeibeamten de Andreis aufgefordert wurden, sich aufzulösen. Als sie der Aufforderung nicht sofort nachkamen, ging der Beamte auf die Wache der Karabinieri, holte die zwei Mann, die er dort vorfand und befahl ihnen, auf die Menge zu schießen. Nur einer kam dem Befehl nach und schoß, wobei er den Maurer, Genossen Troviti, tötete und zwei andere schwer verletzete. In Italien sind nachgerade die Arbeiter vogelfrei geworden.

#### Spanien und Japan.

Eine bedeutende Nachricht über die Fahrt der baltischen Flotte kommt aus London. Der „Daily Chronicle“ meldet aus Hongkong: „Das Schiff „Arabia“, das dort ankam, berichtet, es habe bei Pedro Blanco Kanonenbomber gehört, und die baltische Flotte sei durch den Baskanal gegangen. Der Dampfer „Gyangsha“ sei am 10. d. M. vier russischen Transportdampfern begegnet, die südwärts vom Baskanal gedampft seien; die Gyangsha habe einen Apparat für drahtlose Telegraphie an Bord gehabt.“ — Das Wichtigste von dieser Meldung ist die Nachricht, die russische Flotte sei durch den Baskanal gefahren. Der Kanal trennt die Insel Formosa von den Philippinen. Trifft die Meldung zu, so hat der russische Admiral die Fahrt durch die gefährliche Formosastrasse und die noch gefährlichere Koreastrasse aufgegeben. Statt dessen verucht er es jetzt, die japanischen Inseln östlich zu umfahren und durch die Lapewichstrasse das Japanische Meer und Wladivostok zu erreichen. Ob ihm dieser Plan gelingen wird, ist sehr die Frage.

Aus Petersburg wird berichtet: Telegraphischen Meldungen zufolge soll es den Japanern gelungen sein, zwei Transporte der baltischen Flotte, den einen bei den südlichen Ufern Koreas, den andern bei Formosa abzufangen.

In der Mandchurei haben jetzt die Russen die Offensivbewegung ergriffen und zwar auf der Operationsbasis Fenghu-Ghanghu. Die Regengüsse haben tropischerem Wetter Platz gemacht, wodurch eine Entwicklung der Dinge beschleunigt wird. Vor Eintritt der im Juli erfolgenden Regenperiode werden noch europäische Verstärkungen bei den Russen erwartet.

#### Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 20. Mai 1905.

189. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Stübel.

Zunächst wird der Antrag Biell (Fp.) betr. die rechtliche Stellung der Handelsagenten (Gleichstellung derselben bez. der Gewerbelegitimation mit den ordentlichen Kaufleuten) debattiert in erster und zweiter Lesung angenommen.

Bei der dritten Lesung der Ueberzicht der Einnahmen und Ausgabe der Schutzgebiete regt Storz (Südd. Bp.) rationelle Bewirtschaftung der Kolonien an.

Erzberger (Z.) dankt dem Vorredner für seine Anregungen und bittet ihn, sich bei seiner Partei für die Bewilligung der Kamerumbahn zu bemühen. (Beifall i. Sentr. und b. d. Hall.)

Storz (Südd. Bp.) lehnt die Bitte des Abg. Erzberger ab.

Erzberger (Z.) bedauert das.

Die Vorlage betr. deutsche Kommunalverbände in den Konsulargerichtsbezirken wird debattiert in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die am Sonnabend wegen Beschlußunfähigkeit ergebnislos gebliebene namentliche Abstimmung über den Art. I. (Erhöhung der Revisionssumme) der Vorlage betr. Änderung der Zivilprozessordnung. 95 Abgeordnete stimmen für, 48 gegen die Erhöhung, 4 enthalten sich. Das Haus ist also wieder beschlußunfähig.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Zivilprozessordnung, Antrag Hagemann, Reichsbanknotenvorlage u. f. w.)

## Fünfter Deutscher Gewerkschaftskongress.

(Eigener Bericht des „Völk. Volksw.“.)

Pöln a. Rh., 22. Mai 1905.

Der Fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands trat heute in Göttingen zusammen. Es sind 213 Delegierte und eine große Zahl von Gästen zusammengekommen, darunter Creulich, Rühl vom Schweizerischen Arbeiterbund, P. Malz von der Parti ouvrier Belge, A. Hüeber und Fel. A. Boshed-Wien von der österreichischen Gewerkschaftskommission, F. Domes und F. Beer-Wien für den österreichischen Metallearbeiterverband, J. Grünwald-Wien für den österreichischen Buchbinderverband, L. Wibholz-Wien für den österreichischen Holzarbeiterverband und F. Palme-Wien für den österreichischen Porzellanarbeiterverband. Den Zentralverband Deutscher Konsumvereine vertritt H. Kaufmann, Hamburg, die Großhändlergesellschaft J. Lorenz, Hamburg und E. Rathhofen, Dresden. Als Referenten sind anwesend die Reichstagsabg. Bömelburg, Robert Schmidt, A. v. Elm und D. Fud. Von der Generalkommission sind die Reichstagsabg. E. Legien und R. Schmidt, ferner Kube, Sassenbach, Cohen, Döblin, Knoll, Sabath, Silberstein, Umbricht, Brunner, Balaz und Gremstli.

Gegen 9 1/2 Uhr eröffnet Legien im Auftrage der Generalkommission als Einberuferin den Gewerkschaftskongress: Was vor einem Jahrzehnt auch der größte Optimist nicht erwartet hat, ist eingetroffen. Auf diesem Kongress sind 1 1/2 Mill. organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten. In Halberstadt vertraten auf dem ersten Gewerkschaftskongress 208 Delegierte 303 000 Organisierte; in Berlin auf dem nächsten Kongress, wo zum ersten Male nur Vertreter der Verbände zugelassen waren, 139 Delegierte 271 000 Organisierte; in Frankfurt a. M. waren 495 000 Organisierte durch 130 Delegierte vertreten; in Stuttgart 681 000 Organisierte durch 156 Delegierte und hier schließlich vertreten 213 Delegierte 1 252 000 Organisierte. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Die Gewerkschaften haben sich die Organisationen entwickelt, als die Kleinrenten annehmen, die an der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung verzweifeln, ganz anders haben sich Dinge entwickelt als vor 12 Jahren auf dem Parteitage der sozialdemokratischen Partei hier in Köln vorausgesagt worden ist. Nicht Gerissen sind hier, die an den damaligen Verhandlungen 1893 teilgenommen haben. Sie werden damals dieselbe Empfindung gehabt haben, wie ich: es scheint, als ob sehr wenig Sympathie für die Gewerkschaften im Allgemeinen vorhanden ist. Bei objektiver Beurteilung der damaligen Vorgänge kommt man aber doch zu dem Resultat, daß zwar nach außen die Verhandlungen des Kölner Kölner Parteitages über die Gewerkschaftsfrage keinen sehr günstigen Eindruck gemacht haben, daß sie aber nach innen reinigend auf die Gewerkschaftsbewegung gewirkt haben. Deshalb blide ich nicht mißvergnügt auf sie zurück: beginnt doch der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Jahre 1893; hatten doch gerade diese Verhandlungen der Ueberzeugung in den Reihen der Genossen Bahn gebrochen, daß die Gewerkschaftsbewegung gefördert werden müsse. Ueber die innere Ausgestaltung der Gewerkschaften will ich nur anführen: 1891 hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 402 Mk. pro Kopf, 1903 eine Einnahme von 18,50 Mk. Der Kassenbestand betrug 1891 425 000 Mk., pro Kopf 1,53 Mk.; 1903 aber 16 109 000 Mk., pro Kopf 14,59 Mk. Auch die innere Festigkeit hat gewonnen. Zwar kommen zwischen einzelnen Gewerkschaften Grenzstreitigkeiten vor, aber das ist ja nur ein Familienstreit und nach außen stehen die Gewerkschaften in vollster Einmütigkeit und Geschlossenheit da. So können wir mit Vergnügen auch diese Entwicklung zurückblicken, aber zufrieden sind wir bei alledem nicht! (Zustimmung) Zufrieden sind wir nicht, denn noch stehen Millionen der Bewegung fern, die herangezogen und organisiert werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, wie viel noch zu tun ist, bis wir uns Anerkennung an allen Stellen verschafft haben. Jedes Recht reicht nur soweit, als Macht dahinter steht, und diese Macht wollen wir uns erobern.

Es ist vorausgesagt worden, es würde hier, ich weiß nicht aus welchem Grunde, zu Reibungen zwischen den Gewerkschaften und der anderen Seite der Bewegung, der politischen Organisation, kommen. Wenn auch einige Punkte der Tagesordnung den Anschein erwecken können, als ob es zu solchen Auseinandersetzungen kommen könnte, so glaube ich doch nicht, daß es der Fall sein wird. Bei dem innigen Zusammenhang, der zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung besteht und angesichts der Tatsache, daß die Personen ja vielfach dieselben sind, die in der gewerkschaftlichen oder politischen Bewegung arbeiten, werden sich die diejenigen täuschen, die da hoffen oder fürchten, daß sich Gegensätze zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ergeben werden.

Einladungen sind ergangen zunächst und selbstverständlich an den Oberbürgermeister von Köln, an das Oberhaupt der städtischen Verwaltung, die uns diesen schönen Saal zur Verfügung gestellt hat und weiter auf Wunsch das Lokalkomitee auch an die Gewerbeinspektoren des Bezirks. Ich weiß nicht, ob die Herren der Einladung gefolgt sind. Zum Stuttgarter Kongress hatten wir das Reichsamt des Innern eingeladen. Diesmal aber haben wir von der Einladung abgesehen. (Lebh. Zustimmung) Graf Polodowsky hat im vorigen Jahre unsere Einladung zum Gewerkschaftskongress „wegen Zeitmangel“ abgelehnt. Dagegen ist er im April 1905 persönlich auf der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der christlichen Heimarbeiterrinnen erschienen, der 310 Mitglieder zählt. Angesichts dieser Tatsache sind wir der Ueberzeugung geworden: es widerspricht der Ehre der deutschen Gewerkschaften, an diese Stelle noch einmal eine Einladung zu schicken. (Lebh. Zustimmung.) Das Fehlen eines Vertreters der Regierung wird unseren Verhandlungen keinen Abbruch tun. Ich denke, daß sie uns ein gutes Stück weiter bringen werden. (Bravo!)

Im Namen des Lokalkomitees begrüßt Partels-Köln die Delegierten und heißt sie namens der Arbeiter Köln, in der Hochburg des Merkantilismus, willkommen. Auch hier in Köln haben sich die modernen Gewerkschaften eine achtunggebietende Stellung erworben. Von 1400 auf

14 000 ist die Zahl der freigeordneten Arbeiter in der Hochburg der christlichen Gewerkschaften gestiegen. Das gibt uns die Hoffnung, daß wie auch sie noch erobern werden. Hat doch der große Kampf im Ruhrrevier gezeigt, wie weit hinein in die Reihen der christlichen Arbeiter der Gedanke gedrungen ist, daß es nur eine Arbeiterorganisation geben darf. Ja dieser Siegeshoffnung heiße ich Sie nochmals willkommen.

Nach diesen Begrüßungsreden konstituiert sich der Kongress. Er wählt durch Julius Legien und Bömelburg zu Vorsitzenden, Cohen, Berlin (Metallearbeiter), Deinhardt, Stuttgart (Holzarbeiter), Winkelmann, Bremen (Böttcher), Bauer, Berlin (Bureauangestellter), Metzelt, Chemnitz (Textilarbeiter) und Dreher, Berlin (Transportarbeiter) zu Geschäftsführern. — Für die Tagung wird die Zeit von 8—12 und 3—6 Uhr festgesetzt. Es wird eine Mandatsprüfungs- und eine Redaktionskommission gewählt; dieser gehören Knoll, Sabath und Umbricht, Berlin (Generalkommission), Pappelow, Hamburg (Maurer) und Winkelmann, Bremen (Zimmerer) an.

Vorländer Bömelburg begrüßt die ausländischen Gäste. Zu den bereits Erwähnten sind noch Erb, Prag für die tschechische, Dissen, Kopenhagen für die dänische, Andequist, Amsterdam für die holländische Gewerkschaftsbewegung neuerer Richtung hinzuzufügen. Bömelburg spricht die Hoffnung aus, daß auch die ausländische Gewerkschaftsbewegung rasch wachse. Durch Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder werde die Arbeiterbewegung um so rascher ihre Ziele erreichen.

Der Kongress teilt in die Tagesordnung ein.

Den Bericht der Generalkommission erhält Legien, Berlin. Er beruft sich auf den alljährlich erstatteten, gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht und beschränkt sich auf die Hervorhebung folgender Punkte, die er zur Behandlung in der Diskussion empfiehlt. Da ist zunächst die Frage der gewerkschaftlichen Unterrichtsfrage. Der Stuttgarter Kongress 1902, der letzte Gewerkschaftskongress, hat eine Resolution zu ihren Gunsten angenommen. Aber weder das Projekt Kühle, das vor allem die Kenntnis der deutschen Sprache fördern will, noch das Projekt Sassenbach, der die Gewerkschaftsbeamten in 4 bis 6 wöchentlichen wissenschaftlichen Kursen in Berlin ausbilden will, hat die Generalkommission befriedigt. Sie erwartet praktische Vorschläge von diesem Kongress. Denn das Ziel ist wünschenswert, es beginnt in den Gewerkschaften an der notwendigen großen Zahl von brauchbaren Verwaltungsbeamten zu fehlen. Bitten um Mittel zum Bau eigener Lokale lehnt die Generalkommission grundsätzlich ab. Wo kein einziges Lokal der Arbeiterkraft zu Zusammenkünften erobert werden kann, wird sie am allerwenigsten imstande sein, ein eigenes Lokal zu halten. Arbeiter noch selbst in den größten, organisationsreichsten Städten die Gewerkschaftshäuser nicht mit Ueberflüssen. Wollte die Generalkommission alle Anträge auf Bau eigener Gewerkschaftshäuser annehmen, so müßte sie ebenso viel Millionen in der Kasse haben wie jetzt Hunderttausende. Die Generalkommission ist aber bereit, schwachen Organisationen einen Lokalaufschuß zu geben. — Nach dem Beschlusse des Frankfurter Kongresses auf Unterstützung von Arbeiter-Sekretariaten traten sehr viel beachtliche Anträge an die Generalkommission heran. Aber wenn die Arbeiter eines Ortes ein Verlangen nach Rechtsauskunft oder Rechtshilfe haben, sollen sie auch dafür bezahlen und nicht die Gesamtheit der Arbeiter belasten. Nur wo die Arbeitersekretariate nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Agitation sind, wo die Aussicht besteht, daß die wachsende Organisation die Kosten bald selbst bezahlen kann, ist die Generalkommission bereit, Arbeitersekretariate einzurichten. — Legien schließt mit der Bitte um strenge Kritik, die stets gesund sei, und um Anregungen für die weitere Tätigkeit der Generalkommission im Dienste der Arbeiterbewegung. (Beifall.) Ein Frauenagitationskomitee hat sich mit Zustimmung der Generalkommission gebildet. Auf dem letzten Kongress ist ein dahingehender Antrag nicht einmal genügend unterstützt worden. Aber das Bedürfnis nach einer Zentralvermittlungstelle für Referentinnen war zu stark, und eine Absonderung der gewerkschaftlichen Frauenbewegung war nicht beabsichtigt. — Die Gewerkschaftsvorstände sind in den letzten Jahren allerdings stark in Anspruch genommen worden für Hilfsarbeiten vom reichsstädtischen Amt. Es herrscht nun weit verbreitet die berechtigte Meinung, es habe doch keinen Zweck, eine Regierung bei ihren Arbeiten zu unterstützen, die auf der anderen Seite die Gewerkschaftsorganisation doch nicht anerkennt. Aber erst wenn das reichsstädtische Amt keine Arbeiterstatistik mehr machen kann, ohne Beihilfe der Gewerkschaften, ist es an der Zeit, die Behörden zur Beachtung der Gewerkschaften auch auf anderen Gebieten zu zwingen. Die Menge der statistischen Arbeiten der Generalkommission darf die Verbände nicht reuen. Nicht die einzelnen Ziffern, wohl aber die Schlusssätze sind notwendig für die Arbeiterbewegung. — Ein italienischer Konsul in Saarbrücken warb italienische Streikbrecher an. Auf die offizielle Beschwerde der Generalkommission, die von dem Führer der italienischen Gewerkschaften, dem Abg. Cabrin, unterstützt wurde, hat der italienische Minister des Auswärtigen anerkannt, daß dies unzulässig sei.

Vor. Bömelburg holt die vorher vergebene Feststellung der Tagesordnung nach. Unter Ablehnung einiger anderer Abänderungsanträge wird beschlossen, als Punkt 9 in die Tagesordnung die Frage des „Uebertritts aus einer Gewerkschaft in die andere infolge Berufswechsels“ einzufügen.

Die definitive Tagesordnung lautet demnach:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat. (Berichtsfasser: Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt, Berlin.)
4. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik. Referent: Reichstags-Abgeordneter Theodor Bömelburg, Hamburg.)
5. Die Gewerkschaften und die Kaiserin. Referent: Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt, Berlin.)
6. Gewerkschaften und Genossenschaften. (Referent: Reichstags-Abgeordneter A. v. Elm, Hamburg.)
7. Die Aufgaben der Gewerkschaftsartelle in der Gewerkschafts-Organisation. (Referent: G. Sitt, Berlin.)



8. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern. (Referenten: B. Umhreit, Berlin und Reichstagabg. Otto Sur, Essen).
9. Der Uebertritt aus einer Gewerkschaft in die andere infolge Berufswechsels.
10. Verschiedene Anträge.

In der Diskussion über den Reichstagsbericht der Generalkommission wird zunächst der Punkt: Agitation verhandelt. Von den 18 hierzu vorliegenden Anträgen findet der der Gravure, den Beitrag an die Generalkommission pro Quartal und Mitglied auf 8 Pfennig zu erhöhen, nicht die genügende Unterstützung. Ebenso ein Antrag Duisburg auf sorgfältigere Pflege der internationalen Beziehungen, ein Antrag W. auf Errichtung von Arbeiter-Sekretariaten in den Hauptindustriebezirken (Schlag-Bohringen), ein zweiter Antrag Weg auf Herausgabe französisch-deutscher und französisch-italienischer Broschüren und ein Antrag der rheinisch-westfälischen Gauleiter auf Ausbau des Operaio Italiano.

Zur Begründung der genigend unterstützten Anträge erhalten die Antragsteller das Wort. Regien bekräftigt den Vorschlag der Generalkommission, die Zahl ihrer Mitglieder von 9 auf 11 zu erhöhen. Die Zahl der besoldeten Beamten dürfe nicht die der übrigen Mitglieder der Generalkommission übersteigen; sonst könnte jede Frage gleich im Bureau entschieden werden. Auch sei es besser, die Vertretungs- und sonstigen Pflichten der Generalkommission auf mehr Mitglieder zu verteilen, da jeder schon seine Gewerkschaft stark in Anspruch nehme.

Kiesel-Berlin (Tabakarbeiter) bittet um Erneuerung eines früheren Kongreßbeschlusses, der die Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet, ihre gewerblich tätigen Frauen und Töchter den Organisationsaufgaben zuzuführen.

Reichel-Gzennitz (Textilarbeiter) empfiehlt den Antrag Annaberg auf Förderung der Arbeiterbewegung im sächsischen Erzgebirge.

Martens-Harburg (Fabrikarbeiter) spricht für den Antrag Delmenhorst auf Herausgabe von Broschüren mit Material gegen die christlichen und sächsischen Gewerkschaften ein.

Stainer-München (Fabrikarbeiter) tritt für einen Antrag auf bessere Agitation unter den italienischen Arbeitern ein.

Reimes-Krefeld (Textilarbeiter) fordert Anstellung eines Gewerkschaftsbeamten für München, Gladbach und Rheidt.

Dietrich-Breslau (Holzarbeiter) wünscht von der Generalkommission Mittel für Arbeiterlokale in Preußen und Königsgrütze. Anders dort ein Lokal zu bekommen, sei unmöglich.

Muth-Köln (Maurer) begründet den Antrag auf Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. München, Gladbach führe einen systematischen Kampf gegen die freien Gewerkschaften nicht als christliche Gewerkschaft, sondern im Dienste des Zentrums gegen die Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften brauchten deshalb in Rheinland-Westfalen einen Mann, der sie geistig unterstützen könne und nicht durch Kleinarbeit überlastet sei.

Frau Thiede-Berlin (Buchdrucker-Hilfsarbeiterin) betont, daß das gewerkschaftliche Frauenkomitee auch durch die Sammlung von Material nützliche Arbeit geleistet hätte. Sie empfiehlt keine Resolution, in der gefordert wird, nach allgemeiner Frauenagitation durch öffentliche Versammlungen in allen Organisationen weibliche Vertrauenspersonen zu wählen. Die Beiträge für weibliche Mitglieder sollen nicht niedriger sein als der Mindestbeitrag der männlichen Arbeiter.

In der allgemeinen Diskussion bezweifelt Gravure Brückner-Berlin, daß die Generalkommission mit den ihr bisher zur Verfügung gestellten Mitteln ihre täglich wachsenden Aufgaben werde erfüllen können. Man werde nicht umhin können, die Beiträge für sie zu erhöhen. Brückner wünscht, daß die Generalkommission in den Zentralvorstandskonferenzen der Sozialfrage und zurückgebliebenen Gegenständen größere Aufmerksamkeit schenke.

Wäcker Heß-Köln-Berlin wendet sich gegen die von den rheinisch-westfälischen Gau- und Agitationsleitern beantragte Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für das rheinisch-westfälische Gebiet durch die Generalkommission und ebenso gegen die Anstellung eines Gewerkschaftsbeamten für München-Gladbach. Dafür sollte der Textilarbeiterverband sorgen, der in München-Gladbach mit seinen 40 000 Textilarbeitern nicht einmal einen Gauleiter angestellt habe. Redner wünscht, daß bei der geplanten Vermehrung der Generalkommission die kleineren Gewerkschaften besser berücksichtigt werden.

Vom Verband der Schneider ist ein Protest gegen die Anerkennung des Vereins der Wäscher- und Krautwäscher als selbständige Organisation eingelaufen. Es wird in dem Schreiben angeregt, Verhandlungen auf Vereinigung einzuleiten.

Einstimmig und debattelos wird eine Resolution zu Gunsten des rheinisch-westfälischen Bierbrotloits angenommen. Sie lautet: In Erwägung, daß das Vereinstätigkeitsrecht die erste Notwendigkeit ist im wirtschaftlichen Kampf zur Erlangung besserer Existenzbedingungen spricht der Kongreß den im Kampfe um ihr Koalitionsrecht stehenden Brauereiarbeitern Rheinlands und Westfalens seine volle Sympathie aus. Der Kongreß erachtet es als höchste Pflicht jedes zielbewußten Arbeiters Rheinlands und Westfalens, dafür einzutreten, daß die Beschlüsse der Volksversammlungen, nur boykottiertes Bier zu trinken, voll zur Ausführung gelangen. Die Delegierten verpflichten sich, die ausgeperrten Brauereiarbeiter so lange zu unterstützen, bis der Schutzverband der Brauereiarbeiter bereit ist, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu sichern und ehrlichen Frieden mit der Organisation zu schließen. Skrauf trat die Mittagspause ein.

## Rüben und Nachbargebiete.

Dienstag, den 23. Mai.

Ein grober Anflug wird seit Jahren in den Großstädten mit der Herausgabe von Extrablättern getrieben; die unwesentlichen Ereignisse werden in sensationeller Weise aufgebauscht, um so die Aufmerksamkeit aller Neugierigen zu erregen. Während, wie gesagt, dieser grobe Anflug früher hauptsächlich in den Großstädten verbreitet wurde, sucht ein Teil der hiesigen Presse denselben jetzt

auch in Lübeck heimisch zu machen. In Sensationslust, verbunden mit Hyazinthismus, weitestgehend namentlich das Amtsblatt mit dem „General-Anzeiger“; nachdem das Amtsblatt den Anflug „aktueller“ Bilder dem „Unpartheilichen“ nachgeschickt hat, übertrifft es letzteres Blatt bereits in der Herausgabe von Extrablättern. So hing gestern wieder in den verschiedensten Läden und Wirtschaften folgende waltbewegende Meldung in Form eines Extrablattes aus:

„Die Kaiserin erlitt durch einen Fall auf der Treppe eine leichte Stirnverletzung, die unbedenklich ist, aber den Ausschub der Abreise des Kaiserpaars von Wiesbaden veranlaßte.“

Wenn auch das kleine, unbedenkliche Malheur, welches der Kaiserin passiert ist, bedauert werden mag, — bei einem gewöhnlichen Sterblichen würde sich überhaupt niemand darum kümmern — so erreicht doch das Amtsblatt durch die Form, in der es dem Publikum davon Mitteilung macht, den Gipfel des Hyazinthismus. Aber so ist einmal der Grundsatz der „L. A.“: Servil nach oben, brutal nach unten!

Die Bürgerchaft „beriel“ gestern Abend ihre sechs Senatsanträge umfassende Tagesordnung in einer knappen Viertelstunde; wie nicht anders zu erwarten war, machte sich gegen keinen Senatsantrag irgend welche Opposition geltend. Nur bei der Verlegung eines Gashauptrohrs nach Israelsdorf wurde der Wunsch nach einer besseren Straßenbepflanzung laut. — Wenn diese erste Abendbesprechung eine Perspektive bietet, so ist dieselbe für die Berichterstatter der Zeitungen äußerst angenehm; während man früher sich verchiedene Stunden mit dem Anhören der Reden unserer „Volksvertreter“, die besonders in „Straßenpolitik“ hervorragendes hohes, vertreiben mußte, geht die Sache jetzt bedeutend über. Ehe ein großer Teil der Bürgerchaftsmitglieder überhaupt den geschäftigen Raum betreten hatte, waren die Beratungsgegenstände erledigt. Diverse anerkennende Stimmen über dieses „erfreuliche“ Resultat der Abendbesprechungen wurden laut, niemand vermied die gewohnten Lieben. Angenommen wurden folgende Senatsanträge: 1. Veräußerung und Erwerb von Grundstücken durch die Allgemeine Armenanstalt aus Anlaß der Umgestaltung der hiesigen Eisenbahnanlagen. 2. Verlegung der Hauptentwässerungsleitung auf dem Grundstück des neuen Zentralfriedhofs. 3. Regulierung und Verbreiterung der Straße „Bei St. Johannis“. 4. Festlegung eines allgemeinen Höhenregulierungsplanes für die innere Stadt. 5. Verlegung eines Gashauptrohrs nach Israelsdorf. 6. Zehnter Nachtrag zu der Verordnung vom 20. Januar 1873, die Schiffsabgaben betreffend.

Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen fand am Freitagabend im „Vereinshaus“ statt. Dieselbe beschäftigte sich wiederum mit der Situation in unserem Gewerbe. Es wurde hauptsächlich die Zusammenkunft der Arbeitgeber in Leipzig und deren Beschlüsse zur Sprache gebracht; besonders wurde der Beschluß, nach welchem den Arbeitern ein Nevers vorgelegt werden soll, der befiehlt, daß sie sich verpflichten, alle zu Tarifhöhen angebotene Arbeit zu machen, was ja auch Streikarbeit in sich schließt, einer scharfen Kritik unterzogen und beschlossen, daß, falls den Kollegen ein solcher Nevers vorgelegt wird, sie die Unterschrift verweigern und die Arbeitgeber an die Tarifkommission verweisen sollen, damit diese mit hierüber verhandelt. Ferner wurde noch die Gefahr der Streikarbeit eingehend besprochen und verpflichten sich die Mitglieder, unter keinen Umständen Streikarbeit anzufertigen, sowie auch über alle Vorkommnisse, welche hiermit zusammenhängen, der Ortsverwaltung Mitteilung zu machen. Nach Lage der Verhältnisse sind die Zeiten sehr ernst und kritisch. Es werden jetzt von den Arbeitgebern die Gesellen einer Stadt nach der andern ausgeperrt; wenn die hiesige Ortsgruppe des Arbeitgeber-Verbandes auch von einer Ausperrung Abstand genommen hat, so ist die Gefahr, daß dies doch noch geschieht, dennoch vorhanden, sobald von uns die Anfertigung von Streikarbeit verweigert wird. Deshalb Kollegen, seid auf der Hut und vertrittet wie ein Mann die Interessen der Organisation, dann werden wir auch die uns aufgezwungenen Kämpfe siegreich abenden.

Raninchen-Ausstellung. In den Tagen vom 11. bis 13. Juni d. J. hält der hiesige Raninchenzüchterverein seine diesjährige Ausstellung im Kiez's Stadtheater ab, um dem Publikum zu zeigen, welche Fortschritte der Verein in den letzten Jahren in der Zucht der Raninchenzucht in volkwirtschaftlich als auch in sportlicher Beziehung gemacht hat. Es wird dort dem Publikum die Gelegenheit geboten, sich über die einzelnen Rassen zu informieren; ausgestellt werden dort sämtliche Rassen, vom kleinsten Holländer bis zum größten belgischen Riesen, dem König der Raninchen. Die hiesigen Züchter haben sich gerade um diese Rasse sehr verdient gemacht und ist es ihnen durch sorgfältige Zuchtwahl und Ausdauer gelungen, Tiere bis zu 18 Pfund heranzuzüchten. Es steht daher der Ruf der Lübecker Züchter weit über Deutschlands Grenzen hinaus in hohem Ansehen. Haben doch dieselben aus Deutschlands größten Ausstellungen die höchsten Auszeichnungen erhalten, und sind infolgedessen eine große Anzahl von Tieren von Lübeck nach allen Gegenden Deutschlands, sogar nach Oesterreich, Böhmen, Dänemark und die Schweiz verkauft worden. So soll auch diese Ausstellung wieder Zeugnis ablegen von der Höhe der hiesigen Raninchenzucht.

Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1905/06 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Lorenz, die Landbezirke und Travemünde sind, in der Zeit vom 22. bis 31. Mai d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Wassermenge des Krähentelches betrug gestern nachmittag 14 1/2 Grad.

Der prächtige Goldregen, die Frühlingszierde der Park- und Gartenanlagen, fängt in dieser Zeit an, seine weithin leuchtenden, goldgelben Blütenstrahlen zu entwickeln. Doch hinter der äußeren Schönheit birgt sich hinterlistige Lüge: Man verzehe nicht, daß alle Teile dieses Strauches fast giftig sind und daß nicht nur die Samenkörner und die jungen Hälften, sondern auch die Rinde, Blüten und Blätter zum Erbrechen reizen und daß sie, von Kindern spielend in den Mund genommen oder gar gegessen, schwere Schädigungen der Gesundheit, selbst den Tod herbeiführen können. Es ist deshalb den Kindern einzuführen, daß der Genuß irgend welcher Teile dieses Strauches von schlimmsten Folgen begleitet sein kann, und alle Eltern, die ihre Kinder auf Promenaden und in Anlagen schicken sowie alle, die mit der Beaufsichtigung von Kindern betraut sind, werden gut tun, ihre Schützlinge unangeführt vor dem Gifte des Goldregens zu warnen.

Die Kaffee-Preise sind von den Gasanstalten bis auf weiteres wie folgt festgestellt worden: 1) Für den Platzverkauf auf beiden Gasanstalten morgens von 7 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr abends. 1. Grobe Kaffee ein Hektoliter 0,80 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 75 Pfg. 2. Beschlagnahmte Kaffee (nur auf Gasanstalt II erhältlich) ein Hektoliter 1,15 Mk., zwanzig

Hektoliter und mehr à 1,10 Mk. 3. Beschlagnahmte Kaffee ein Hektoliter 1,05 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,00 Mk. 2) Bei Lieferung frei in's Haus in der Stadt und den inneren Bezirken der Vorstädte durch die Firmen Bernhöft u. Wilde, Fischergrube 75, und Heinrich Diesel, Mühlenstr. 62: 1. Grobe Kaffee ein Hektoliter 0,90 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 0,85 Mk. 2. Beschlagnahmte Kaffee ein Hektoliter 1,25 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,20. 3. Beschlagnahmte Kaffee ein Hektoliter 1,15 Mk., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,10 Mk.

Aus dem Jahresbericht des Vereins „Frauenherberge“ entnehmen wir folgende Angaben: Die Zahl der Betten konnte im Berichtsjahre auf 14 erhöht werden, die sich auf 10 Zimmer verteilen. Die Zahl der Besucher betrug 452, die Zahl der Nächte 1883. Von 4882 Betten (12 vom 1. April bis 23. Juli 1904 und 14 vom 23. Juli 1904 bis zum 1. April 1905) wurden mit 39 Proz. benutzt. — Der Verein hat zurzeit 189 Mitglieder, und zwar 158 ordentliche, 26 außerordentliche und 4 lebenslängliche. Mit herzlichem Dank für alle wertvolle Unterstützung, insbesondere dem Verein „Stellenvermittlung“ für den gütigst überwiesenen Reinertrag, wird auch fernerhin um ein freundliches Interesse für das „Märthaheim“ gebeten. In der am 15. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde die sachgemäß ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes beauftragt, den stellvertretenden Vorstandes, Frau Mat Schöff und Fr. M. Mösing, wiedergewählt, die Zahl der Mitglieder des beratenden Ausschusses auf 3 festgesetzt und die bisherigen Mitglieder: Fr. M. Rosenberger, Herr Mat Behagen wiedergewählt, an Stelle von der ausscheidenden Fr. G. Wardenke ist Frau Kaffi Tesdorpf gewählt. Dem Kassier Herr W. Reimpell wurde Entlassung erteilt. Die Abrechnung schloß in Einnahme und Ausgabe mit 2802,74 Mk. ab. Das Saldo, welches sich zu Beginn des Jahres auf 256,60 Mk. belief, verminderte sich am Schluß des Jahres auf 157,02 Mk. An Beiträgen gingen ein 822,50 Mark, an Schlafgeltern, abzüglich Wäsche, 708,47 Mark.

Mit einem Motorrad verjuchte am Sonnabend — allerdings nicht mit Absicht — ein Schlosser aus Oldesloe einen Baum in der Lachswehler-Wäldchen umzurennen; hierbei zog er sich so erhebliche Verletzungen zu, daß er nach dem Krankenhaus befördert werden mußte.

Beim Abpringen von der Strassenbahn kam in der Fackelbuccher Allee am Sonntagabend eine Frau zu Fall; dabei zog sie sich eine Gehirnerschütterung zu, die ihre Heberführung ins Krankenhaus nötig machte. Dieses traurige Vorwissen dient hoffentlich zur Warnung für leichtsinnige Leute, die häufig von der in voller Fahrt befindlichen Bahn abpringen.

ph. Schwinder. Gegen einen fremden Sattlergesellen, der sich von einem hiesigen Herbergswirt dadurch 3 Mk. erschwandte, daß er ein gefälschtes Schreiben vorlegte, inhalts dessen der Wirt durch einen Muster ermächtigt wurde, dem Sattlergesellen von dem Guthaben des Müllers 3 Mark zu geben, wurde Anzeige wegen Urkundenfälschung und Betruges erstattet.

ph. Wem gehört die Teertonne? In der Nacht vom 20. 21. ds. Mts. wurden in der Buxtertorallee auf der Bahndamm, unweit der Mollfestrage, zwei leere Teertonnen gefunden. Der Eigentümer derselben wolle sich beim Polizeiamt melden.

Schwartzau. Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am kommenden Donnerstag bei Sternberg statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist dringend notwendig.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein Feuer äscherte am Sonnabend das leerlebende Burmeisterische Wohnhaus in Gniffau ein. — Tödlich verlékt. Sonnabend Abend geriet in der Niedernstraße in Hamburg eine in der Steinstraße 42 wohnende Frau Wuerbach unter die Räder eines Fuhrwerks. Die Bedauernswerte hatte schwere innere und äußere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung erlitten. — Beim Segeln auf der Elbe verunglückte am Sonntag früh in der Nähe von Döckenhuden bei Blankenese eine Dame. Das Boot, in dem sie sich mit ihrer Schwester und einem Herrn Jungblut befand, kenterte und die Insassen stürzten ins Wasser. Die unglückliche versuchte schwimmend das Ufer zu erreichen, aber ihre Kräfte reichten nicht aus, kaum zehn Meter vom Ufer kam sie unter und erkrank. Die andere Schwester und Herr Jungblut wurden von dem anderen Boot gerettet. — In den letzten Tagen ist in einem vereinzelter Fall von Genickstarre vorgekommen in folgenden Orten des Preises Stabe: Himmelstorf, Breitenwisch und Hechthausen. Die kürzlich in der Stadt Stabe vorgekommenen verdächtigen Fälle haben sich nicht bestätigt. — In Kiel tobte ein orkanartiger Nordoststurm, der in der inneren Förde Hochwasser brachte. Eintommende Schiffe melden heftigen Seegang.

Hamburg. Ausperrung im Schneidergewerbe. Der Ortsverwaltung des Verbandes der Schneider ging aus Arbeitgeberkreisen folgendes Schreiben zu: „Teile Ihnen hierdurch mit, daß die Arbeitgeber ihre Arbeit in Baypartons verpacken und einem Hamburger Spediteur überweisen, welcher die Arbeit nach den betreffenden Städten befördert. Die Arbeitgeber selbst wissen nicht, wo die Sachen bleiben und angefertigt werden. Damit kein Verdacht erregt wird, schneiden die Meister dieser Städte die Sachen selbst zu, geben ihre eigenen Zutaten bei und machen ihre sonstigen Einschläge. Die Proben kommen durch den Spediteur zurück, werden am Orte probiert und zur Fertigstellung auf demselben Wege zurückbefördert. Warnen Sie Ihre Kollegen aller Städte, damit diese sich nicht täuschen lassen. Gelingt den Schaffmachern dieser Erid, dann sollen die Löhne reduziert werden.“ — Tatsächlich ist denn auch schon am Sonntag und Montag Arbeit nach Bremen, Lübeck, Danzig und nach sonstigen Orten geschickt. Ob aber die Kollegen trotz des raffinierten Schwindels nicht doch dahinter kommen? Haben die Arbeiter doch schon herausbekommen, daß selbst auf den Lohnzetteln der Name des Kunden gefälscht war. — Zur Lohnbewegung der Hauseloffer von Hamburg-Altona-Wandsbeck. In die Streiklisten sind eingetragen: In Hamburg 517, in Altona 50, in Wandsbeck 20 Schloffer. Seit Sonnabend ist eine ganze Reihe Bewilligungen erfolgt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten schon weit über 100 Gefellen. Die Innungsbeschlüsse imponieren also offenbar den Innungsmitgliedern nicht sonderlich. Die Verhandlungen mit den einzelnen größeren Firmen, welche der Innung nicht angehören, schweben noch. — Die Steinleger und Hammer sind mit der Straßenbahn-Gesellschaft zu einer Einigung auf folgender Grundlage gelangt: 1) Die Steinleger, die pensionsberechtigten, erhalten einen Lohn von 60 Pfg. und die Hammer 55 Pfg. pr. Stunde. 2) Alle Arbeiter erhalten freie Fahrt auf familiären Linien. 3) Die Arbeiter stehen den ganzen Winter wie im Sommer fest in Arbeit, jedoch mit der Einschränkung, daß, wenn im Winter nicht gearbeitet werden kann, andere Arbeiten, z. B. Strohmattenflechten, für 40 Pfg. Stundenlohn verrichtet werden müssen. 4) Alle übrigen Steinleger sollen 65 Pfg. und die Hammer 60 Pfg. pr. Stunde ausbezahlt erhalten. 5) Die



Geltungsdauer dieser Tarifvereinbarung erstreckt sich bis zum 1. Mai 1908; sollten die Unternehmer dann weitere Zugeständnisse machen, so wird die Direktion denselben ebenfalls zustimmen.

**Hamburg.** Die Resolution gegen den Wahlrechtstraub, die in den 24 großen Protestversammlungen angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: In Anbetracht, 1. daß die Wahlrechtsvorlage des Senats nicht nur die bisher bestehenden Privilegiertenwahlen aufrecht erhält, sondern auch für die sogenannten allgemeinen Wahlen Privilegien des Bestes schafft - 2. daß die Einteilung der Wähler geradezu eine Verhöhnung der Gerechtigkeit und die offen ausgesprochene Verachtung aller minderbemittelten Bürger bedeutet - 3. daß die Einführung des an sich berechtigten und erstrebenswerten Verhältniswahlsystems unter Beibehaltung der Privilegiertenwahlen und Einführung des Dreiklassenwahlrechts nur den Zweck haben kann, die Vertretung der großen Masse der Bevölkerung auf ein Minimum zu reduzieren und ihr jeden wirklichen Einfluß zu rauben - erklärt die Versammlung: Die Wahlrechtsänderung in der geplanten Form ist lediglich darauf berechnet, den plutokratischen Charakter unserer Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften zu verschärfen; sie wird, wenn durchgeführt, dazu dienen, die Herrschaft kleiner Kliquen zu befestigen und auszuweihen; sie wird die Kontrolle der Verwaltung durch unabhängige, vom Vertrauen des Volkes getragene Vertreter unmöglich machen und der Vetternwirtschaft und Korruption Tür und Tor öffnen; sie wird unser öffentliches Leben wieder zu jener Stagnation bringen, die jeden Fortschritt ausschließt; sie wird den Boden schaffen für jene eigennützige, nur auf den Vorteil eines kleinen Kreises bedachte rücksichtslose Interessenpolitik, die schon einmal eine furchtbare Katastrophe über unsere Stadt gebracht und ungeheures Unglück verursacht hat. Aus allen diesen Gründen erheben die versammelten Einwohner und Bürger Hamburgs den schärfsten Protest gegen diese verwerfliche Vorlage, fordern von der Bürgerschaft die Ablehnung derselben und erklären, mit allen Mitteln die Durchführung des Planes zu verhindern zu wollen.

**Speyer.** Zur Bauhandwerker-Aussperrung. Die allgemeine Situation ist unverändert zu Gunsten der Aussperrten. Bis jetzt hat sich kein Arbeitswilliger gefunden. Von den ausgesperrten 110 Maurern haben bis zum Schluß der Woche 69 den Ort verlassen und sind anderweitig untergebracht. Von den 47 ausgesperrten Zimmerern haben 21 den Ort verlassen und sind anderweitig in Arbeit getreten. Von den 57 in den Streik eingetretenen Bauarbeitern arbeiten 2 zu den neuen Bedingungen, 17 sind abgereist und 9 sind anderweitig untergebracht. Es verbleiben mithin am Schluß der Woche 98 Aussperrte resp. Streikende mit insgesamt 205 Kindern.

**Vordesholm.** Nach biblischem Rezept handelte in Regenharrig eine alte Frau, die seit langem an heftigen Schmerzen in einer Zehe litt. Getreu dem Bibelwort: „Wergert dich dein rechtes Auge, so reiß es aus und wirf es von dir“, nahm sie rasch entschlossen ein Beil, legte den Fuß auf einen Block und hackte sich die Zehe ab. Da die Operation mit einem Schlag nicht beendet war, so wurde der Rest mit dem Brotmesser befragt. Nun ist jedoch eine andere Zehe infolge der Habitalkur in Mitleidenschaft gezogen worden und die Schmerzen sind größer statt kleiner geworden.

**Schwerin.** Der Schweriner See hat Sonntag drei Opfer gefordert. Sechs junge Mitglieder des Rudervereins „Vorwärts“ waren am Nachmittag zur

Fähre am Abend des Schweriner Sees gerudert. Auf der Rückkehr verursachte ein steifer Nordwestwind hohen Wellengang auf dem See. Das nur für 5 Personen berechnete Boot wurde vollgeschlagen, sodaß die Insassen ins Wasser fielen. Drei konnten sich an dem Boote so lange halten, bis das Dampfboot „Obotrit“ ihnen Hilfe brachte, während die anderen drei, Postassistent Hamboke, Bahnassistent Hamann und Bautechniker Meisel, sämtlich aus Schwerin gebürtig, ertranken.

**Bremen.** Eine schreckliche Kunde wird der Deutschevang. Korresp. aus Bremen, nämlich, daß der hiesige Senat die vom Pastor Mauritz verkauften Tausen, soweit sie nicht auf den Namen der Dreieinigkeitskirche gehen - während fünf Jahren gebrauchte er ganz willkürliche Formeln - als ungültig erklärt hat. Die Tragweite dieses Schrittes läßt sich nach nicht übersehen. - Die armen Bremer Mauritz-Tauslinge!

**Bremen.** Lohnerhöhungen ohne Kampf. Dem Bremer Baugewerbe scheint der in Aussicht stehende Kampf in diesem Jahre erspart zu werden. Anfang dieser Woche unterbreiteten die Maurer und Zimmerer den Unternehmern die Forderung eines Stundenlohnes von 65 statt bisher 60 Pf. Die Bauarbeiter forderten 55 Pf. pro Stunde. Zugleich legten die Zimmerer mit Wagnisstreifen auf einer Anzahl geeigneter Baupläne ein. Die Unternehmer fanden sich daraufhin zu Verhandlungen bereit. Es kam ein Vertrag zu Stande, der vor allem die Lohnfrage regelt. Vom 23. Juni ab sollen 2 1/2 Pf., vom 1. Januar 1907 ab weitere 2 1/2 Pf. bewilligt werden. Der Vertrag soll mindestens bis 1. Juli 1908 Gültigkeit haben; gekündigt werden kann nur am 1. Januar auf den 1. Juli, so daß er stets in der günstigsten Bauperiode abläuft. Die Zimmerer haben Freitag abend den Vertrag mit 208 gegen 109 Stimmen angenommen. Die Entscheidung der Maurer und Bauarbeiter steht noch aus, auch die der Unternehmerorganisation. Es ist aber ziemlich zweifellos, daß man allseitig diesen Friedensvertrag der Wiederholung des vorjährigen harten Kampfes vorziehen wird. Auch die Baugewerksmeister stimmten in einer zahlreich besuchten Versammlung am Freitagabend gegen eine Minorität dem Vertragsentwurf zu.

**Oldenburg.** Soldaten als Buchdrucker. Unter dieser Stichmarke hatte unter Vantier Parteiorgan die Tatsache kritisiert, daß bei der Firma G. Stalling in Oldenburg ein Soldat als Maschinenmeister ausbühlsweise beschäftigt war. Wegen Beleidigung deswegen angeklagt, wurde der verantwortliche Redakteur des „Nord. Volksblattes“, Genosse Nege in Barel, vom hiesigen Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Schutz des § 193 würde dem Angeklagten nicht zugebilligt.

### Werte Nachrichten.

**Chemnitz.** Zwei Knaben erstickt. In Gornsdorf im Erzgebirge hat sich ein tragischer Vorfall abgespielt. In einem Koffer, dessen Deckel aufgefallen, erstickten zwei Knaben.

**Torshand.** 3 Grad Kälte im Harz. Seit Montag früh herrscht im Oberharz ununterbrochen starkes Schneetreiben. In der Nacht sank die Temperatur auf minus drei Grad.

**Duisburg.** Die hiesige Straßammer verurteilte die jugendlichen Arbeiter Schütze und Stacha aus Oberhausen wegen Raubes, Bedrohung und vorfälschlicher Körperverletzung, beangangen an dem Kleinbahn-Direktor Mohls aus Köln im Berliner Schnell-

zug am 16. April d. Js., dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu je sechs Jahren Gefängnis.

**Darmstadt.** Wieder Einer? Der Kreisamtmann Lehrein im nahegelegenen Groß Gerau wurde plötzlich vom Amte suspendiert. Der Staatsanwalt leitete eine Untersuchung gegen ihn wegen Sittlichkeitsverbrechen auf Grund des § 176 des Strafgesetzbuches ein. Der Beschuldigte ist einstweilen auf freiem Fuß belassen worden. Ob mit einem Arbeiter wohl ebenfalls verfahren wäre?

**Landau (Pfalz).** Neun Monate Festung wegen Vernichtung eines Menschenlebens. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte den Leutnant Moser vom 22. Infanterie-Regiment Zweibrücken wegen fahrlässiger Tötung zu neun Monaten Festung. Moser hatte bei einer Zielübung mit einem geladenen Gewehr auf den Kopf eines Soldaten gezielt, wobei die Waffe sich entlud und der Soldat getötet wurde.

**Stuttgart.** 39 Gebäude eingäschert. In Schwäbisch Gmünd (Oberamt Brackenheim) sind 39 Gebäude, darunter etwa 12-14 Wohngebäude und das Rathaus, niedergebrannt, wodurch etwa 35 Familien obdachlos wurden. Bei den Löscharbeiten ist ein Feuerwehrmann verunglückt und gestorben.

**Graz.** Räuberbande in Untersteiermark. Dem Gericht von Raasdorf wurde eine Verbrecherbande von 21 Köpfen überliefert. Das Haupt der Bande ist ein altes Weib, das sich gerade noch auf Krücken fortzuschleppen vermag. Von den Verbrechern dieser Räuber und Mörder gibt die letzte Tat eine Probe. Zwei Frauen wurden in ihrer Behausung geraubt, eingeschlossen und verbrannt. - 18 Menschen getötet. Einer Explosion in einem Eisenbahntunnel bei Liezen in Steiermark sind nach bisherigen Feststellungen achtzehn Menschenleben zum Opfer gefallen.

**Das Arbeitersekretariat**  
(unentgeltliche Auskunftstelle für Jedermann)  
ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends.  
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittags geschlossen.

Streuhand-Bücherei.  
Hamburg, 22. Mai  
Der Schweinehandel verliert reger.  
Zugeführt wurden 196 Stück, Preis: Senegalese weine 64-64 1/2 Mk., Sauen 55-60 Mk. und Ferkel 59-63 Pf. pro 100 Pfund.

Heute morgen 6 Uhr entschiel sanft nach längerer Krankheit unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater  
**Ludw. Rogge**  
im 81. Lebensjahre  
Tief betrauert von den Hinterbliebenen.  
Familie Rogge.  
Werner.  
Lorenz.  
Die Beerdigung findet am Freitag den 26. Mai, morgens 10 Uhr, vom Trauerhause, Hojengarten 8/7, aus statt.  
Beginn der Trauerfeierlichkeit 9 1/4 Uhr.

**Zu vermiet. Zweistuben-Wohnung**  
(Hinterhaus) Nr. 150 Näheres  
Schönböfenerstraße 3 c, 11

**Eine freundl. Wohnung zu verm.**  
Preis 80 Mk.  
J. Pott, Barnack.

**Ein freundliches Logis**  
für 2 Mann  
Weberstraße 19.

**Zum 1. Juli eine kleine Wohnung**  
Schönböfenerstraße 12.

Umstände halber  
zu sofort ein jung. Hausknecht  
gesucht  
Wandstraße 14 a.

**Ein guterhaltener Kinderwagen**  
zu verkaufen  
Steinraberweg 25.

**Ein hübscher Italiener-Budithahn**  
zu verkaufen  
Reifenstraße 4, I.

**Eine eiserne Bettstelle zu verkonf.**  
Friedenstraße 32, II

**Flaschenbier.**  
Brauerei gibt Pferd und Wagen und Flaschen zur Einrichtung gegen bare Kaution.  
Off u G E an die Exped. d. Bl.

**Hauswandswäsche** wird noch angenommen  
Emilienstraße 4, fact.

**Quittungsmarken** für Vereine u. Gewerkschaften  
empfehl. gut und billig  
L. Schmidt, Schiffelbuden 4.

Zu verkaufen eine gut erh. Deutsch-Amerikanische Akkord-Zither mit 44 Notenblättern, Ring und Schlüssel, Preis 6 Mk.  
Näheres in der Exped. d. Bl.

**Magnum bonum - G - Kartoffeln**  
hat zu verkaufen, Ztr. 2.50  
Chr. Bock, Mori.

**213. Königl. Preußische Klassen-Lotterie.**  
Ziehungen 5 Klassen Juli bis November 1905.  
Einlage für jede Klasse  
1/1 40 Mk. 1/2 20 Mk. 1/4 10 Mk. 1/5 5 Mk. 1/10 4 Mk.  
Bestellungen nimmt entgegen  
**C. Bischof, Lübeck, Fischstraße 34.**  
Königl. Preussischer Einnehmer.  
Die Lose können vom 20. Mai ab Fischstraße 34 abgeholt werden.

Goeden eingetroffen:  
**Lose der 3. Badischen Invaliden - Geld - Lotterie.**  
Nur bare Geldgewinne!  
Haupttreffer: **20 000 Mark.**  
Los 1 Mk., 11 Lose 10 Mk. Ziehung schon in einigen Wochen.  
**Hermann Kersten, Lotteriegeldgeschäft - Münzenhandlung.**  
Königsstraße 48 b. - Fernsprecher 1009.

**„Die Neue Zeit“**  
- Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. -  
Redigiert von Karl Kautsky.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Kaninchen-Ausstellung**  
verbunden mit Tombola  
vom 11. bis 13. Juni ds. Js.  
in KIEB's Etablissement, Israelsdorfer Allee.  
Geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 20 Pf. Kinder 10 Pf.  
Tombola-Lose à 30 Pf. zu haben bei Herrn Walter, Meierstraße 10,  
sowie bei sämtlichen Mitgliedern des „Kaninchenzüchter-Vereins für Lübeck u. Umgegend“.  
Das Komitee

**Auktion.**  
Mittwoch, den 24. Mai  
vorm. 9 1/2 Uhr und nachm. 2 Uhr  
**im Colosseum.**  
Der Restbestand eines Engros-Lagers soll meistbietend versteigert werden.  
Schuhwaren, Garderobe, Wollwaren, Reste, Schürzen, Hüte, Mägen usw.  
**Carl Wilhelms,**  
Auktionator und Taxator.

**Prima holsteinische Meierei-Butter**  
Pfund 1.20 Mk.  
Wilhelm Süke, Warendorferstraße 25.

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch den 24. Mai  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50  
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Stadt-Halle.**  
Mittwoch: Abonnements-Vorstellung, 16.  
Zu halben Preisen  
**Raub der Sabinerinnen.**  
Schwarz in 4 Akten von Schönböck.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr Konzert.  
Logen 1.50, 1. Parquet 1 Mk., 2. Parquet 60 Pf.  
**Sonntag den 28. Mai, 7 Uhr:**  
Une Représentation de Mme. Sarah Bernhardt et de sa Compagnie du Théâtre Sarah Bernhardt de Paris.  
**La Dame aux Camélias.**  
Pièce en 5 Actes d'Alexandre Dumas.  
Mme. Sarah Bernhardt - Marg. Gautier.  
Preise der Plätze 10 Mk., 6 Mk., 5 Mk., 3 Mk., 1.50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. - Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwisch. - Verleger: Theodor Schwarz. - Druck von Friedr. Meyer & Co. - Sämtliche in Lübeck.



## Soziales und Parteileben.

**Saarablen vor Gericht.** Aus der Donnerstag-Sitzung sei noch nachgetragen, daß als Hilger bei Vernehmung eines Zeugen in die Verhandlung eingreifen wollte, er vom Vorsitzenden mit folgenden Worten in die Schranken gewiesen wurde: „Herr Geheimrat, Sie sind hier als Zeuge, nicht als Sachverständiger, bitte sehen Sie sich.“ Schweigend leistete der Vergewaltigte dieser Aufforderung Folge. — Die Freitag-Vormittags-Sitzung stellte den Höhepunkt der Verhandlungen dar. Zunächst beendete Bergmann Bonthard, er sei in die sogenannte Straßkammer im Schlafsaal verlegt worden, nur weil er Dabach-Blätter gelesen habe. Die Verletzung der Bewohner sei ständig bewacht worden durch den Aufseher Bremer. Der Aufseher wolle keine Straßkammer anerkennen, gibt aber zu, die Leser der Dabach-Blätter isoliert zu haben. Bergmann Müller kennt auch keine Straßkammer, während Bergmann Wacker ihre Existenz bekennt. Nun folgte der Fall Adam, erstmalig behandelt im Prozeß Krämmer. Zeuge Bergmeister Adam gibt an, er sei katholisch und habe sich unhygienisch über die Kardibatur Petites geäußert. Auch habe er es als Unrecht empfunden, daß unter den ihm als Bergschüler vorgelegenen Vergleuten mehr Protestanten wie Katholische sind, während die letzteren in der Belegschaft weit aus Überlegen sind. Er wurde eines Tages zu Hilger gerufen, der ihm gesagt habe: „Ich erwarte, daß jeder Beamte Petites wählt.“ Als ich mich auf meine Staatsbürgerrechte berief, gab mir Hilger die Antwort: „Nun gehe ich Ihnen den Befehl, in die nationalliberale Versammlung zu gehen. Tun Sie es nicht, werde ich dem Minister Bericht erstatten und Ihre Verletzung beantragen.“ (Große Sensation.) Adam weigerte sich wieder und ist dann wirklich verhaftet worden. Bei einem Diner habe Geheimrat Hilger mit Beziehung auf die Reichstagswahlen gesagt: „Wer nicht mit tut, der fliegt.“ (Bewegung.) Hilger kann sich des leichteren Falles nicht mehr erinnern, glaubt aber auch nicht gesagt zu haben: Wer nicht mit tut, der fliegt. Den Befehl habe er Adam erteilt, mit Bezug auf seine Verantwortlichkeit an der Bergschule. Mit der Wahl habe der Befehl die erfolgte Verletzung nicht zu tun gehabt. Bergmeister Adam bleibt aber bestimmt dabei, daß jener Befehl sich auf die Wählerversammlung bezog; nur wegen seiner Weigerung, sich an der Wahlarbeit für Petites zu beteiligen, sei die Verletzung erfolgt. Von der Aussage könne er nichts zurücknehmen. (Dieser Fall beweist, daß nicht nur Arbeiter, sondern selbst höhere Beamte in ihrem Staatsbürgerrecht beschränkt werden, wie auch der Angeklagte Krämmer in seinem Flugblättern behauptet hatte.) Der nächste Zeuge, David, damals Fahrsteiger in Bugweiler, ist Einfahrer im Ruhrgebiet, hat es für nötig gehalten, trotzdem er Zentrumsanhänger war, sich seinen Vorgesetzten als Nationalliberaler vorzustellen. Er ist schon denunziert und deswegen verlegt worden. Berginspektor Höp habe ihm bedeutet, daß im Saargebiet nur Wählerrechte (b. h. Nationalliberaler) Aussicht haben auf Beförderung. Bergwerksinspektor Diefenhoff habe zu David gesagt, man könne ihm wegen seiner politischen Gesinnung künden. David hat es deshalb vorgezogen, dem Zentrum fern zu bleiben. Zeuge Höp und Diefenhoff legen der Sache entweder eine harmlose Bedeutung bei, oder betreten die Aussage Davids oder können sich nicht entsinnen. Die Verletzung Davids erklären sie mit unantastlichen Gründen, politische Lügen nicht vor. David blieb bei seiner Aussage und gibt zu, an Geheimrat Hilger einen Brief geschrieben zu haben, um darin nationalliberale Gesinnung zu bekunden. Vom Rechtsanwalt Heine befragt, welcher bestimmte Nachschuß zu dem Briefe vorliege, verweigert Zeuge die Aussage mit Rücksicht auf das Dienstgeheimnis. Heine ersuchte darauf sofort die Bergbehörde zur Erteilung der Genehmigung für weitere Aussagen des

Zeugen David. Nicht nur in politischen Angelegenheiten seiner Untergebenen greift Hilger ein, er fühlte sich auch einschneidend als Hüter der öffentlichen Justiz. Der Bergmann Weber, ein nationalliberaler Agitator, hat die Frau des Bergmanns Blum mißhandelt, wofür Weber 4 Monate Gefängnis erhielt. In dem Prozeß haben die Bergleute Blum und Wacker Belastungszeugen gespielt, nach dem Prozeß habe Hilger sie rufen lassen und gesagt: Weil Ihr falsch gewesen habt, wodurch der unschuldige Weber 4 Monate Gefängnis erhielt, seid Ihr für 4 Monate aus der Arbeit entlassen. (Große Bewegung.) Hilger bestritt, das gesagt zu haben. Er habe die beiden einzeln befragt, befragt wollen, weil sie Familienunsrieden hatten, und andernteils wegen Abschwärmung ablegen wollen. Rechtsanwalt Heine stellt fest, daß in dem betreffenden Jahre 1895 steigender Absatz war und jedenfalls die Entlassung von zwei oder drei Arbeitern die Förderung der Produktion nicht beeinflussen konnte. Sonst würden die jüngeren Jahrgänge bei Abschwärmung abgelegt, hier seien es aber ältere Leute gewesen. Der eine habe auch mit der Streiterei nichts zu tun gehabt, er hat nur gegen den nationalliberalen Agitator gezeugt. Hilger bestritt, das damalige Gerichtsurteil korrigiert zu haben, sondern tatsächlich habe Abschwärmung geherrscht. Dabei würden bei Entlassung solche berücksichtigt, die etwas auf dem „Kerbbolz“ hätten. Rechtsanwalt Heine bemerkt, auf dem „Kerbbolz“ hätten freilich die beiden die gerichtliche Bestrafung des nationalliberalen Agitators Weber. (Große Heiterkeit.) Es folgten nun die Gutachten über die sozialen Verhältnisse der Saarbergleute. Pfarrer Schütz bekennt, wenn auch die Vergarbeiter-Lohnverhältnisse mäßig hoch seien, so herrschten doch berartige Verhältnisse, daß Nahrung und Wohnung vieler Verwalter nur dürftig seien. Vielfach bewohnten Familien nur 2 Räume. Es läge nur zwei oder dreimal in der Woche Fleisch auf den Tisch. Eine Familie von 7 Köpfen, deren Budget der Pfarrer kontrollierte, verzehre monatlich nur 16 Pfund Fleisch. In dieser Pfarrei gäbe es zahlreiche Tuberkulose. Eine bessere Wohnung und bessere Nahrung würden segensreich wirken. Er bestritt nicht, daß auch gute Löhne und behagliche Existenzen vorhanden sind, aber es herrsche auch große Dürftigkeit. Hilger gibt statistische Durchschnittszahlen über Wohnungslosigkeit und Kopffahl der Familien der Saarbergleute an. Diese Ziffern sind sehr günstig, von einem Glend, wie es der Pfarrer bekennt, könne keine Rede sein. Die Sparkasseneinlagen der Vergleute seien auch gestiegen. Rechtsanwalt Heine macht auf den den wirklichen Wert solcher Durchschnittszahlen aufmerksam. Was der Pfarrer bekennt, seien seine persönlichen Wahrnehmungen. Uebrigens seien die Saarbergleute schon ganz invalide geworden im Jahre 1903 mit durchschnittlich 47,2 Lebensjahren. Woher war die Arbeitsfähigkeit andauernder. Das spräche nicht für eine Besserung der Verhältnisse. In der Nachmittags-Sitzung kam es zu höchst lehrreichen Darlegungen über die Lebensverhältnisse der Vergleute. Die katholischen Geistlichen Schütz, Schwitz und Borten förderten sehr wertvolles sozialpolitisches Material zutage. Die Zeugen betonen, daß sie die Frage, daß doch der Fiskus bessere Löhne zahlen könnte, ganz außer acht lassen wollen. Auch müsse gegeben werden, daß zahlreiche Arbeiter anständig verdienen. Aber wenn auch die einen 5 bis 6 Mk. erhielten, davon hätten die anderen, die nur 3 bis 4 Mk. bekämen, gar nichts. Unter den 45 000 Saarbergleuten gäbe es zweifellos tausende Familienväter, die sehr dürftig, sogar im Glend lebten, wenn man zeitgemäße kulturelle Ansprüche an die Lebenshaltung stellen wollte. Natürlich spielt der wissenschaftliche Sinn eine große Rolle dabei. Indessen führten die Zeugen durch Vorlage sehr sorgfältig ausgearbeiteter Haushaltungs-Nachrechnungen den Nachweis, daß selbst recht sparame Hausfrauen, auch wenn der Mann die höchste Lohnklasse bezieht, kaum auskommen. Häufig müssen

Schulden gemacht werden. Darum verzieht es sich von selbst, daß Familienväter, die in geringeren Lohnklassen fassen und ein Häuflein Kinder hätten, aus dem Schuldenmachen nicht herauskommen. So wurde ein hochbezahlter Arbeiter als Beispiel angeführt, der trotz seiner tüchtigen Hausfrau 2 Mark 54 Pfg. für Nahrungsmittel braucht, der aber nach Abzug aller notwendigen anderen Ausgaben pro Tag nur 2,22 Mark zu verbleiben hätte. Die Lebensmittel seien sehr teuer, die schwere Bergarbeit erfordere kräftige Nahrung. Tementprechend seien die Löhne aber nicht ausreichend, weshalb sich auch erkläre, daß viele Familien nur Sonntags Fleisch essen, oder auch in der Woche nur der Hausvater. Die Wohnungsverhältnisse entsprechen nicht den Vorschriften der Gesundheitslehre. In den Häusern seien alle Räume vom Keller bis zum Dach bewohnt. Hunderte Kellerräumchen, teilweise sehr feucht, seien vorhanden. Wer sich ein Häuflein baut, vermiete es wieder fast ganz an Untermieter, die Frau halte sich Koftgänger. Uebrigens habe der Best, auf den der Fiskus ober die Knappschaftskasse Gelder gegeben, die Eigenschaft, den Arbeiter noch abhängiger und unterwürfiger gegen die Bergverwaltung zu machen. Diese Zustände seien durchaus nicht ideal. Infolge der mangelhaften Ernährung und schlechten Wohnungen, meinten die geistlichen Zeugen, machen die Arbeiterkraft und ebenso ihre Kinder einen kränklichen Eindruck. Wenn nicht solches Blut hineinkäme, degeneriere die Bevölkerung. Die Arbeitermasse mache den Eindruck eines verkommenen Proletariats. Es könne nur besser werden, wenn die schlechte Ernährung und jämmerlichen Wohnungsverhältnisse beseitigt würden. Erstaunt sei, daß im letzten Jahre nach dem ersten Krämmerprozeß die Lohnverhältnisse sich etwas gebessert hätten. Gerade entgegen gesetzt lauteten die Gutachten der nun aufstretenden Bürgermeister, Ortsvorsteher und eines Arztes. Die Herren erklärten die Nahrung und Wohnung der Arbeiter für gut, für sehr gut, oder so gut wie tadellos. Es würde viel Fleisch gegessen, viel Bier und Milch usw. verzehrt. Viele Arbeiter schlachten ihr eigenes Schwein. Von Kellerräumchen wissen diese Zeugen nichts, auch nichts von ungesunden und beschränkten Wohnungen. Der Gesundheitszustand sei gut, der Wohlstand sei groß, die Vergleute sparten sich tausende Mark. (3a Zuführerraum werden diese Zeugenaussagen mit andauernder Heiterkeit aufgenommen.) Als der Arzt es als einen Luxus bezeichnete, daß in vielen Arbeiterfamilien der Mann und die Frau jeder für sich ein eigenes Bett hätten, brach das Auditorium in lautes Lachen aus. Stürmische Heiterkeit erwiderte die Aussage des Arztes: wenn die Vergleute kein Fleisch äßen, so würden sie wohl kein Essen wollen. Das war der Gipfel. Dann wurde die Sitzung auf Sonnabend früh verlegt.

**Der Maurerstreik in Osnabrück** ist noch sechs-wöchentlich Dauer zu Ungunsten der Streikenden brenndet worden.

Aus dem **Vergarbeiterverbande** aus geschlossen wurden mehrere hundert Mitglieder, die der während des Streiks ausgegebenen Parole nicht folgten.

**Welthandel.** Das englische Handelsamt hat die Statistik des Welthandels für das Jahr 1904 herausgegeben. An der Spitze steht der englische Handel mit 871 858 000 Pf. Sterl. Die zweite Stelle nimmt Deutschland ein mit 573 174 000 Pf. Sterl., an dritter Stelle stehen die Vereinigten Staaten mit 512 845 000 Pf. Sterl., an vierter Frankreich mit 360 478 000 Pf. Sterl., an fünfter Belgien mit 186 969 000 Pf. Sterl., an sechster Österreich-Ungarn mit 171 481 000 Pf. Sterl.

**Ueber den Stand der Schneiderrausperrung** ist zu melden: In Wiesbaden wurde in verchiedenen

## Der Ciniangige.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

34 Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

16

Lorenz war den Tag über auch nicht müßig gewesen. So gleich nach dem Aufstehen suchte er einen Spezialarzt für Augenheilkunde, den Doktor Baffer, auf, eine Autorität auf dem Gebiete der Ophthalmologie. Nachdem er in das Sprechzimmer des viel in Anspruch genommenen Mannes Zutritt erlangt, teilte er ihm zunächst mit, er komme nicht, um seinen ärztlichen Rat einzuholen, sondern lediglich, ihn um eine Auskunft zu bitten, deren er für einen Rechtsfall dringend bedürfe. Der Arzt erklärte höflich seine Bereitwilligkeit. „Es handelt sich um die Beschaffenheit künstlicher Augen.“ eröffnete Lorenz die Reihe der ihm am Herzen liegenden Fragen. „Sind solche in der Tat den natürlichen so täuschend ähnlich, daß unter Umständen die Umgebung des Inhabers eines solchen Auges dadurch getäuscht wird?“ Doktor Baffer bejahte. Selbst bei näherem Umgang wird das Vorhandensein eines künstlichen hergestellten künstlichen Auges oft erst nach längerer Zeit wahrgenommen. „Wohl aber vor allem dann nicht, wenn der Besitzer eine blaue oder dunkle Brille trägt?“ Die Erkennung ist dann noch mehr erschwert, in der Regel bedarf es einer solchen Brille aber gar nicht. Selbst Studenten der Medizin bemerken die Anwesenheit eines künstlichen Auges oft erst dann, wenn sie es direkt betrachten. „Aber verleiht ein künstliches Auge dem Träger nicht einen starren Blick, der sein Gebrechen dem Betrachter ver-

rät? Das Auge ist doch unbeweglich — erkennt man es nicht ohne Schwierigkeit an seiner Unbeweglichkeit?“ „Durchaus nicht — das künstliche Auge macht bis zu einem gewissen Grade die Bewegungen des natürlichen mit, ein Vorgang, der ganz einfach darauf beruht, daß man beim Herausnehmen des natürlichen Auges die Muskeln darin läßt; da diese noch etwas wirken können, bewegt sich das künstliche Auge auf dem Stumpf bisweilen sogar recht gut hin und her.“ „Aus welchem Material stellt man denn die natürlichsten und täuschendsten her?“ „Aus besonders präpariertem Glas.“ „Wirklich? Und mit so staunenswerthem Effekt? Und der Betrachter kann ein derartiges Auge ohne fremde Hilfe nach Betreten entfernen oder einsetzen?“ Doktor Baffer lächelte. „Er vermag das in einer 3 it von fünf Sekunden.“ „Während des Schlafes muß er das Auge wohl herausnehmen?“ „Er muß nicht, aber es ist ratsam, es zu tun.“ Rechtsanwalt Almer war damit zufriedengestellt. Dankend empfahl er sich. Die erhaltenen Auskünfte stimmten vollständig zu seinen Beobachtungen. Sie bewiesen die volle Möglichkeit der von Kapitän Morelly gespielten Doppelrolle. Selbstverständlich erzählte er seiner Schwester getreulich alle Besichtigten der verflochtenen Nacht. Ingeborg war überglücklich. „Der arme, liebe Rudolf, was hat er leiden müssen!“ rief sie mit feuchten Augen. „D, nun sieht die Stunde seiner Befreiung bald bevor — soll ich ihm nicht eine Volkshaft froher Hoffnung senden?“ „Gebulde dich nur noch zwei Tage, liebe Ingeborg, dann erlösen wir ihn, dafür bürgen wir, im Triumph aus seiner Gefangenschaft. Seine Freude wird dann um so größer sein!“

Ingeborg umarmte dankerfüllt ihren Bruder. „Gott segne Dich für alles, was Du an ihm getan, mein lieber Lorenz! Ohne Dich wäre er, wäre mein Glück verloren gewesen.“ „Du weißt ja, daß ich, was ich getan, auch um meiner selbst willen tat“, lehnte der junge Mann bescheiden die Anerkennung der Schwester ab. „Ich bin Rechtsanwalt ohne Praxis — ich muß für meinen Ruf arbeiten!“ „Und das ist Dir gelungen, Lorenz; ein Vorgesetzter sagt mir, daß Du infolge der in diesem Prozeß entwickelten Tätigkeit in wenig Wochen ein berühmter und gesuchter Vertreter sein wirst!“ Lorenz lächelte über die sanguinischen Hoffnungen des schönen Mädchens. Seine Bescheidenheit verließ sich nicht in so hohe Sphären. Indessen befand er sich doch in gehobener Stimmung, und es bedurfte des jähren Eindruckes der Identifizierung Hobalts mit dem mutmaßlichen Hintermann des Kapitän Morelly, um die ihn belebende leise Aufregung der Freude in eine solche fürstliche Befürzung zu verwandeln. Ingeborg, der er sofort von der Entdeckung Mitteilung machte, war weniger ergriffen. „Ich traute dem Menschen von Anfang an nichts Gutes zu“, rief sie erzürnt. „Ich fühlte gleich heraus, daß er Rudolfs Feind war. Glaube mir, er ist die Seele des gegen ihn gerichteten Komplotts.“ „Ich will mich auf der Stelle zum Staatsanwalt Schubert verfügen, um seine und Morellys Verhaftung zu erlangen“, versetzte Lorenz. „Sie begleiten mich doch, Herr Gering? Oder sind Sie zu erschöpft und begehren nach Ruhe?“ Der Detektiv lachte. „Damit hat es noch Zeit“, äußerte er gleichmütig. „Mein Beruf hat mich abgehärtet, Herr Doktor, er hat mich zu einem wahren Judasner gemacht. Ich kann ohne besondere Unbequemlichkeit Tage und Nächte hintereinander meinen Geschäften nachgehen, erhalte ich nachher die Zeit zur Erholung, so macht es mir auch



Geschäften eine größere Zahl Schneidergehülfen ausgesperrt, die sich weigerten, den Revers zu unterschreiben. — In Frankfurt a. M. waren bis Freitagmittag in 25 Geschäften 322 Gehülfen ausgesperrt. Die Zahl dürfte sich noch erhöhen. — Aus Dresden wird berichtet: Soweit sich die Situation vorläufig übersehen läßt, ist die so pomphaft angekündigte Ausperrung halb und halb verpufft. Weitläufig über die Hälfte der in Frage kommenden Geschäfte hat sich an dem Ausperrungsrummel nicht beteiligt. Ein klägliches Resultat, wenn in Betracht gezogen wird, daß kein Mittel unversucht gelassen wurde, um die Arbeitgeber zur Sperrung ihrer Betriebe zu veranlassen. Von 900 Mitgliedern des Schneiderverbandes sind höchstens 130 ausgesperrt. — In München wurden etwa 600 Gehülfen auf Pfaster geworfen, weil sie sich weigerten, ihre Ehre als organisierte Arbeiter preiszugeben und die ihnen zugemutete Prostitution auch noch unter schriftlich zu bestätigen. Von der Ausperrung sind nur Werkstätten von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes betroffen. Die Anstrengungen der Schaffmacher, auch die Nichtmitglieder des Arbeitgeberverbandes für ihr brutales Vorgehen zu gewinnen, schlugen fehl. Den Schaffmachern scheint es schon zu dümmern, daß ihre Ausperrung den erhofften Erfolg verfehlen dürfte. Durch eine Mittelsperson ließ der Schaffmacher-Verband dem Geschäftsführer der Gehülfenorganisation, Herrn Lauseher, mitteilen, daß man bereit sei, die Rekrute in ganz Deutschland zurückzuführen, wenn die Schreiber in Gießen und Hamburg die Arbeit aufnehmen. Interessant ist auch die Tatsache, daß mehrere Arbeitgeber den Revers gar nicht zur Unterzeichnung vorlegten, sondern ohne Angabe von Gründen einfach ausübten. Einige namhafte Firmen sollen nach der „Münch. Post“ ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverbande erklärt haben. — In Augsburg wurden etwa 70, in Karlsruhe 40 Gehülfen ausgesperrt.

Die Polizisten in Lyon sind wegen Maßregelung mehrerer Kollegen in den Ausstand getreten. Der Staat ist in Gefahr!

Die Banarbeiter Leipzigs verhängten über sämtliche Bauten, in denen der geforderte Minimallohn nicht gezahlt wird, die Sperr.

Der Wahlverein Lübben-Steinforchen warnt vor dem Schwindler Theodor Kurlke, der von dort verschunden ist ohne Regelung seiner Verbindlichkeiten aus dem Betrieb der „Märkischen Volksstimme.“

Der Blöthensee-Prozess. Noch ist die Beweisaufnahme in dem Fall Groffe nicht geschlossen. Simulanten, das ist die Formel, mit der sich die Gefängnisbeamten das Benehmen und die Leistungen des Groffe, die auf seine geistige Erkrankung schließen lassen, erklären. So haben er wurde der frühere Polizei-Inspektor Freiherr v. Malhan über seine Wahrnehmungen in dem Verkehr mit Groffe vernommen. Nach seiner Bekundung wechselten Personen anständigen Benehmens und ruhiger Arbeit mit Ungezogenheit und Widerspenstigkeit des Groffe ab. Er sagte hinzu, daß Groffe sich lange Zeit hindurch als romanter Mensch benommen habe. Seine Auffassung über das Normale definierte der Vorsitzende dahin, daß Groffe sich zeitweilig den Befehlen gefügt habe und sich wie andere Gefangene benahm. Diese Tatsache dürfte nur auf Simulanten fahrenden Polizeibeamten als Beweis der von ihnen behaupteten Simulation der Geisteskrankheit erscheinen. Groffe war vom früheren Direktor der Strafanstalt Blöthen, Geheimrat Wirth, zur Feststellung seiner Geisteskrankheit in den Arrest gebracht worden. Er schlug im Arrestal die Fenster Scheiben ein und wurde nun in der Zelle interniert. Nach einem vierwöchigen Aufenthalt Groffe in dieser Zelle wurde bis auf weiteres von dem Herrn Direktor die Zelleinweisung verweigert. Die Verteidigung versuchte Klarheit darüber zu verschaffen, ob diese Internierung in der Zelle ein Disziplinarmittel oder die Provis gegenüber einem Geisteskranken darstelle. Herr Medizinalrat Leppmann, dessen Urteil über den Geisteszustand Groffe als Gutachter der Anklage bereits unerschütterlich festzustehen scheint, machte die den preußischen Strafvollzug unübertrefflich charakterisierende Bemerkung, daß gerade die Zelleinweisung die Humanisierung des Strafvollzuges erkennen lasse, da man früher in ähnlichen Fällen die Zwangsjacke und die Handfesseln angewandt habe. Herrlicher Strafvollzugsfortschritt, dessen Tragweite der Herr

Medizinalrat noch besser hätte hervorheben können, wenn er erwähnt hätte, daß erst zur Zeit der französischen Revolution der Frenemart Binel mit Gefahr seines Lebens vom französischen Konvent die Erlaubnis erzwang, den Frenen die Ketten abzunehmen. Mit der Vernehmung des Herrn v. Malhan kam der Protest der Verteidigung gegen die Verhandlungsleitung des Vorsitzenden Dyer mann zum Ausdruck. Herr Dr. Löwenstein wurde durch den Vorsitzenden in gewohnter Weise durch Zwischenfragen unterbrochen. Selbst eine Bitte des Rechtsanwalts, seine Fragen ungeleitet stellen zu dürfen, ließ der Herr Vorsitzende nicht vortragen. Rechtsanwält Löwenstein sah sich nun zu dem Antrage gezwungen, daß durch Gerichtsbeschluss anerkannt werde, daß er in der regelrechten logischen Entwicklung der Fragen durch den Vorsitzenden unterbrochen werde. Das Gericht erklärte diese Beanstandung für nicht gerechtfertigt. Mit der Durchführung dieses Gerichtsbeschlusses würde das der Verteidigung zustehende Fragerecht nicht nur einfach beseitigt, sondern die Durchführung einer objektiven Beweisaufnahme zur Unmöglichkeit gemacht. Eine Wirkung der Vorsitzenden dikatur, die bisher weder von der Strafprozessordnung, noch von der Provis jemals sanktioniert worden ist. Glaube der Gerichtshof, die Berechtigung des Verlangens auf eine Veränderung der Verhandlungsleitung seines Vorsitzenden nicht anerkennen zu brauchen, so schien sein Vorsitzender im Gegenteil geneigt, seine Nachstellung der Verteidigung gegenüber in unverfüllter Weise zum Ausdruck zu bringen. Als Herr Rechtsanwalt Dr. Halpert an dem Reagen eine Frage richtete, die bereits vorher einmal gestellt und beantwortet war, lehnte der Vorsitzende die Stellung dieser Frage ab mit der Bemerkung, daß die Verteidiger die Tragweite des Gerichts auf eine harte Probe stellen. Er hat sie, doch es erschien mehr eine Drohung, sich bei der Fragestellung auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, damit er nicht in die Lage komme, das ihm zustehende letzte Mittel der Strafprozessordnung anzuwenden. Herr Dr. Halpert protestierte in maßvoller Form gegen die ungeschickte abschlägige Beantwortung seines Verhaltens und erklärte, daß die Verteidigung in Erfüllung ihrer Pflicht bereit sei, alle sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Doch ganz spurlos war dieser Protest nicht vorübergegangen. Bei der Vernehmung der Frau Groffe war eine vorteilhafte Aenderung des Gesprächsgehabens der Verhandlungsleitung deutlich wahrzunehmen. Die Aussage dieser schwer geprüften Frau machte einen erschütternden Eindruck. Ihre kurze Schilderung ihres Familienlebens offenbarte eine Fülle von Schmerz und Enttäuschung, von Not und Qual, unter deren Last ein starker Mensch zusammenbrechen könnte. Ihr Mann war ein Alkoholiker, der seine Pflicht als Ernährer nicht erfüllte, seine Frau mißhandelte und sie in Mütterleiden verließ. In unsagbar schwerer Arbeit hat sie ihre Kinder zu anständigen Menschen zu erziehen versucht und noch heute ist es ihr unsagbar, daß ihr Sohn Willi zum Arbeiter werden konnte. Von dem Tage seiner Geburt an war Willi Geisteskrank. Epileptische Krämpfe waren in seinen ersten Kindheitstagen häufig, dann überfiel ihn die englische Krankheit und im 13. Lebensalter traten die epileptischen Krämpfe mit erneuter Stärke auf. Die Aussagen dieser Frau sind unerschütterlich wahr. Bei all ihrer starken Mitleidenschaft schmähte sie es, ihre Antworten auf Fragen der Sachverständigen auch nur um eine Nuance zugunsten ihres Sohnes zu färben. Einer ihrer Söhne, der ihr in allen ihren Sorgen treu zur Seite steht, mußte bei seiner Vernehmung dieselbe Bekundung über den geistigen Zustand seines Bruders zu geben. Der Vorsitzende selbst stellte fest, daß bei dem damaligen Prozess gegen Groffe all jene Angaben über seine Krankheiten nicht gemacht worden sind. Seine in den Fragen enthaltenen indirekten Vorwürfe an den älteren Groffe über sein damaliges Schweigen sind mehr denn ungeschicklich. Die Erklärung der Frau Groffe und ihres Sohnes über ihr damaliges Verhalten, daß sie von ihrer Rechtsverhältnissen und dem Gang eines Prozesses keine klare Vorstellung hatten, wird selbst dem schärfsten Inquisitor als unzweifelhaft wahrheit beim Anblick dieser beiden Zeugen erscheinen. Zu den nicht geringen Seltsamkeiten des Prozesses gehört auch die Absicht des Gerichtshofes, über den Antrag der Verteidigung, eine Untersuchung Groffe durch die Sachverständigen eintreten zu lassen, erst zu beschließen, nachdem der Anklagegutachter Herr Medizinalrat Leppmann sein Urteil über den Geisteszustand des Groffe abgegeben hat.

§ 175. Aus Breslau wird berichtet: Aus dem Berliner Gefängnis wurde der durch die Angelegenheit Haffe bekannte Handelsmann Bruno Läger der hiesigen Strafkammer vorgeführt und wegen Erpreßung gegen einen Homosexuellen zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das Pokern, dem die Ruffrat-Prozesse eine gewisse Bekanntheit verliehen haben, ist jetzt abermals von einem deutschen Gericht als Glücksspiel betrachtet worden. Die Strafkammer in Peking verurteilte den Gastwirt Nothe aus Jauer zu 20 Mt. Geldstrafe, weil er es zugelassen hatte, daß in seinem Lokale „gepokert“ wurde. Und das trotz Ruffrat und Oldenburger Strafkammer!

Ein Gegenstück zu der Ravensburger Schillerfeier hat man sich, wie der „Frankl. Kur.“ berichtet, in Pempten im Aigau geleistet. Am vorigen Freitag sollte an den Schulen Pemptens die Schillerfeier für die Schüler stattfinden, wobei den Schülern Würstel verabreicht werden sollten, da es bei manchen Deuten ohne Würstel nicht zu gehen scheint. Die Schillerfeier wurde aber schließlich wieder abgesetzt, nicht, weil man Schiller vielleicht ohne Würstel feiern wollte, sondern weil der Freitag ein Fasttag ist, an dem kein Würstel verabreicht werden dürfen. Auf den Ausweg verfiel aber kein Schloß, daß man statt der Würstel einfach — portlich erklärte Dampfweiden verabreicht hätte.

Musikereid — Leistung Nebenfache. Ein Musiker stalt dem „Vorwärts“ folgenden Brief zum Zwecke der Veröffentlichung zur Verfügung, der ein helles Licht auf die Zustände im Musikereid wirft:   
 Bismarck-Hannover, d. 7. 5. 05.

Antwortlich Ihrer Karte teile Ihnen mit, daß Sie die Stelle erhalten können, jedoch vor dem 1. Juli kann ich keine Karte einstellen, denn die Stelle ist nach Hundsfeld nicht bei Breslau, bis zum 15. Mai bis ich noch in Bismarck, vom 15. Mai in Hundsfeld.

Sie bekommen bei mir gute Stelle, freie Station und gute Behandlung. Geben Sie mir bitte Nachricht, ob Sie die Stelle annehmen wollen, wie viel Gage beanspruchen Sie? Der Dienst ist sehr angenehm, Gage sicher und prompt.

Können Sie mir einige Lehrlinge verschaffen, würde Ihnen für jeden Lehrling Vergütung geben. Solche die etwas Vorkenntnisse haben, wären mir am liebsten. Verhandlung ist gut.

Auch kann sich jeder zu einem tüchtigen Musiker ausbilden, da große Nachfrage besteht. Nur muß jeder in guter Kleidung sein, da dort die Musiker sehr geachtet werden, meistens dem Publikum, worauf ich hauptsächlich sehe, Leistung ist mir Nebenfache, da sich ein jeder seine Stimmen durch gehen kann; ich nur auf anständiges Betragen u. Kleidung. Eimer Antwort Ihrerseits entgegen, zeichnet

Achtungsvoll

M. M., Musikdir.

Die Menschenliebe eines Pfarrers. Der Stadtverordnete Prohn in Konstantz hatte in der letzten Bürgerauskunft gegen das Verhalten der katholischen Geistlichen im Krankenhaus einen todkranken Arbeiter gegenüber Beschwerde erhoben und einer Auforderung von Zentrumsseite, Namen zu nennen, entsprochen. Darauf wurde die Mutter des Backdruckers Schreiber auf dem Bürgermeisteramt vernommen. Sie gab zu Protokoll: Ihr etwa 19-jähriger Sohn habe im vorigen Jahre so schwerkrank im Spital gelegen, daß kaum noch Hoffnung für dessen Leben geblieben sei. Ihr Sohn habe deshalb nach dem Geistlichen verlangt, gebetet und kommuniziert. An jenem Tage habe sie im Krankenhaus den Propätor Schmieder getroffen. Er habe sie getröstet und unter anderm gesagt, wenn ihr Sohn sterbe, so sei das nicht so schlimm. Er sei Schriftsetzer und die meisten von diesen würden mit der Zeit Sozialdemokraten!...

Ämtliche Notierungen der Produktenbörse.   
 Inländisches Getreide.   
 Weizen, 126—132 Pfund holl., 168—172,00 Mt. Roggen, 120—126 Pfund holl., 148—155 Mt. Hafer, je nach Qualität, 142—146 Mt. Gerste, je nach Qualität, 145—155 Mt.

nichts aus, vierzehn Stunden hinter einander zu schlafen und diese edle Tatkraft mehrere Tage und Nächte hindurch fortzusetzen.“   
 „So lassen Sie uns essen.“   
 Der Staatsanwalt, schon am Vormittag durch Lorenz vom Resultat der nächtlichen Unternehmung benachrichtigt, vernahm mit erklärlicher Betroffenheit die neueste Kunde.   
 „Hobalt? Der Architekt, der Häuserkönig? Der angesehene, bestbezte, humane Hobalt? Unmöglich!“   
 „So betrachten Sie doch die Photographie!“   
 Schubert betrachtete die Bilder mit gespannter Aufmerksamkeit. „Daß er es ist, daran kann kein Zweifel sein — aber ob er wirklich mit dieser Sache in Verbindung steht, ist eine andere Frage. Ein bloßer Zufall kann ihn in das betreffende Restaurant geführt haben — der Verlust und die Zurücklieferung seiner Brieftasche erklären das Gespräch zwischen beiden zur Genüge.“   
 „Warum handigte er aber dem Kapitän nach einigem Hin- und Herreden noch einmal eine Summe Geldes ein?“   
 „Weil dieser ihn vielleicht darum anging.“   
 „Wäre es dann aber nicht wirklich ein sonderbarer Zufall, der gerade Morelly und Hobalt in so seltsamer Weise zusammenbrachte?“   
 „Gewiß — möglich ist aber alles in der Welt.“   
 „So halten Sie seine Verhaftung nicht für angebracht?“   
 „Geseht, ich entschloß mich dazu, und es stellte sich die bloße Zufälligkeit des beobachteten Intermezzos heraus, so brähe ich die ganze Stadt gegen mich auf. Eine gewaltige Rache wäre das wenigste, was mir mein Vorgehen einbrächte. Und selbst, wenn Ihre Vermutung zutreffend ist — und offen gestanden, ich kann mich ihrer Richtigkeit nicht ganz verschließen —, so sind wir mit Hobalts Verhaftung keinen Schritt weiter. Morelly gesteht sicherlich nichts, und ich muß den Architekt wieder in Freiheit setzen und schließlich um Entschuldigun bitten.“   
 Lorenz biß die Lippen zusammen.

„Wenn uns der Mörder oder Anstifter des Mordes aber dadurch entgeht?“   
 „Das soll er nicht. Ich lasse auf der Stelle Morelly verhaften, vielleicht gelingt es doch, aus diesem Geständnisse herauszupressen, und bieten sie nur einige Anhaltspunkte, so ziehen wir ungefährmt die Konsequenzen daraus.“   
 Lorenz mußte sich damit vorderhand zufrieden geben.   
 „So handeln Sie ohne Verzug“, sagte er entschlossen. „Ich gehe sofort an die Arbeit, gegen Hobalt Beweismaterial zusammenzutragen. Nur er kann es gewesen sein, der das Taschentuch und die Brieftasche im Keller verdeckt hat.“   
 Hastig griff der junge Mann nach seinem Hut.   
 „Wo wollen Sie hin, Herr Kollege?“   
 „Nichts von der Richtigkeit meiner Vermutung überzeugen, Herr Staatsanwalt — morgen Mittag denke ich wieder hier zu sein, vorher keinesfalls. Lassen Sie sich Morelly inzwischen nicht entgehen!“   
 Lorenz führte fort. Er rief eine Droschke an und fuhr nach dem Auskunfts-Bureau von Ewald und Kränzer.   
 „Ich bedarf einer ausführlichen Auskunft über Herrn Architekt Alban Hobalt.“   
 „Privater oder geschäftlicher Natur?“ fragte der ihn empfangende Beamte der Firma vorsichtig. „Private Auskünfte erteilen wir nicht.“   
 Der Anwalt erklärte darauf, es handle sich um eine Auskunft kommerzieller Natur. Um die Frage, ob sich die Einleitung einer geschäftlichen Verbindung mit Hobalt empfehle.   
 „Welcher Kredit steht in Frage?“   
 „Aus Geratwohl bezeichnete Lorenz die Summe von fünfzigtausend Mark.“   
 Der Bureaubeamte vertiefte sich eifrig in das Studium einiger dickerer Popierbücher, er schlug mehrere Auskünfte nach, welche das Institut über die angefragte Person bereits erteilt hatte.   
 „Ihre Aufgabe kann sofortige Erledigung finden,“ be-

schied er den jungen Mann. „Wie natürlich, laufen über einen Mann von Herrn Hobalts Bedeutung fortgesetzt zahlreiche Anfragen ein, so daß ich Ihnen mit einer ganz neuen Information dienen kann. Wünschen Sie dieselbe schriftlich in Empfang zu nehmen oder genügt eine mündliche Auskunft?“

„Vorläufig genügt mir mündlicher Bescheid, in dessen würde es mir angenehm sein, wenn ich morgen die Information auch noch schwarz auf weiß beziehen könnte.“ Und Lorenz nannte Namen und Adresse.

Der Bureaubeamte geleitete ihn nunmehr in ein besonderes Konferenzzimmer, wo er ihm unter vier Augen die neuesten der auf Hobalt bezüglichen Informationen vorlas. Es ging daraus hervor, daß Hobalt noch vor wenig Jahren ein bedeutendes, mindestens auf anderthalb Millionen zu schätzendes Vermögen besessen habe. „Selbst aber“, hieß es weiter, „haben sich seine Verhältnisse, so klug er auch seine finanziellen Schwierigkeiten jedermann zu verbergen weiß oder doch bisher zu verbergen gewußt hat, entschieden zu seinen Ungunsten verändert. Seine letzten Spekulationen sind zwar nicht direkt mißglückt, man sagt aber, daß er große Verluste erlitten hat; gegen zwanzig von ihm erbaute Villen stehen unverkauft und unvermietet, weil der allgemeine Verkehrsstrom wider Erwarten eine andere Richtung nahm als die von ihm berechnete. Noch gilt Hobalt nicht als zahlungsunfähig, im Gegenteil, er operiert mit Geschick und sucht seine Lage zu verdecken, aber sein Kredit hat stark gelitten, niemand kennt seine wahren Verluste, und im Verkehr mit ihm ist deshalb große Vorsicht geboten. Neuerdings scheint, sein Stern wieder im Aufsteigen, weil ihm die Anwartschaft auf die Hinterlassenschaft seiner Schwester bleibt, da man zuversichtlich annimmt, daß der Testatorbe, da er des Mordes und der Erraubung seiner Mutter so gut wie überführt ist, für erbnwürdig erklärt werden wird.“

(Fortsetzung folgt.)